

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:
Prag, II., Havliczkova nám. 32.

Tag:
Nach:

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlass.

Socialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einzahlung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

4. Jahrgang.

Samstag, 2. August 1924.

Nr. 181.

Los vom Smeralismus!

Die von Jertum zu Jertum schreitende, von Links nach Rechts und wieder von Rechts nach Links schwankende kommunistische Partei soll wieder mal nach Links gelenkt werden. Das ist das Ergebnis der auf dem Moskauer fünften Weltkongress durchgeführten Verhandlungen über die Taktik der Partei, das ist der Wille des allmächtigen Sinowjew, den er den Kongreßteilnehmern aufzwingt. Die Beschlüsse des Weltkongresses und ihre Anwendung sollen die rechten Strömungen in der kommunistischen Internationale ausrotten, so daß, nach einem Wort in einer Erklärung der K. P. D., die Vertreter dieser rechten Strömungen „in Zukunft auf keinem Weltkongress der Kommintern mehr werden auftreten können.“ Wenn sich Smeral nicht bessert, läuft er Gefahr, auf dem nächsten Weltkongress nicht mehr auftreten zu dürfen. Bekanntlich wurde in Moskau der Pannstich gegen eine ganze Reihe von Sektionen der kommunistischen Internationale geschlossen, so Souvarine in Frankreich, Adolf Barfi und Walecki in Polen. Die Moskauer Drahtzieher, die unter Lenin selber den Kurs nach Rechts lenkten, wollen nun die „Völschewisierung“, das ist die Radikalisierung der Partei; die Karre, die im „Opportunismus“ zu versinken droht, soll unter Volldampf gefahrt werden, darum schwingt Sinowjew die Peitsche und die Häffel senken den verdugten „Kommintern“, nur so um die Ohren. Selbst Trotzki mußte sich in letzter Zeit derbe Abfanzelungen gefallen lassen, und Sinowjew sucht ihn sogar wegen seiner Opposition zu einer komischen Figur zu machen. Früher hätten, so sieht er sich jüngst über ihn aus, Trotzki Fehler für die Partei etwas Tragisches gehabt, doch diese Zeit sei vorüber und die Partei trauere nicht, wenn einer, sei es auch Trotzki, einen Fehler begeht. Das heißt, da es Trotzki ist, der sich mit der Clique Sinowjews nicht verträgt, so kann man ihn nicht gut ausschließen, aber man läßt ihn eben reden und geht über ihn zur Tagesordnung über. Wenn es schon Trotzki so ergeht, läßt sich denken, wie es erst dem ungleich kleineren, des Opportunismus in zahlreichen Fällen überführten und geständigen Smeral erging! Die zurechtstuferten Berichte über den Weltkongress geben davon nur einen vagen Begriff.

Es wäre Smeral auf dem Kongress noch übler ergangen, wenn er, der aus der österreichischen Zeit im Sich-Bücken einige Übung beifügt, sich nicht geduckt, Neue gezeigt und Besserung gelobt hätte. Ein unentwegter blutrünstiger Völschewil nach dem Ideal Sinowjews zu werden, dazu geht dem mit allen Salben geschmierten Smeral Fähigkeit und Wille ab. Er aber dachte sich, warum solle er nicht in Moskau geloben, ein grimmer, kompromissloser Völschewil zu werden! Wenn er erst nachhause kommt, werde er ja doch wieder seinen lieben Reigungen fröhnen können. Moskau ist dann wieder weit und bis zum nächsten Jahre kann dort der Wind wieder mehr von rechts wehen. Aber Smeral hat nicht an die kleinen Sinowjews zuhause gedacht, hat nicht erwogen, daß ihm diese, durch die Debatten und Beschlüsse des Weltkongresses ermuntert, das Brot des Opportunismus verkalzen werden. Tatsächlich ergreift im Reichenberger „Vorwärts“ ein solcher Völschewil-Sinowjew das Wort, um Smeral und Streibich gründlich die Leviten zu lesen und zu sagen, was an der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei bisher alles schlecht, unzulänglich und fehlerhaft war. Das Sündenregister ist lang und Herr —, so zeichnet der Miniatur-Sinowjew, scheint damit gar nicht fertig geworden zu sein, denn er drückt seine Freude darüber aus, daß jetzt nach dem fünften Weltkongress endlich die „erste, wirkliche Parteidiskussion, die wir erleben“ begonnen habe. Herr —, setzt an die Spitze seiner Kritik des Smeral-systems folgende Frage:

Deutschlands Einladung für Montag.

Gute Ausichten für einen erfolgreichen Abschluß der Konferenz.

Paris, 1. August. Der Berichterstatter der Havasagentur meldet aus London, daß die Konferenz erfolgreich enden dürfte. Trotz zahlreicher Einwendungen der britischen Experten gegen den französischen Schiedsgerichtsvorschlag in Angelegenheit der Zahlungsbüroverweisungen hat sich die Kommission in ihren Sitzungen um 3 Uhr nachmittags und 1/2 Uhr abends für diesen Vorschlag ausgesprochen. Der Vorsitzende des Ausschusses hat sich nunmehr um weitere Weisungen an die britische Regierung gewendet, wobei er ihr einerseits den Rat erteilte, dem französischen Projekte gleichfalls zuzustimmen. Er wird die Antwort der Regierung der Kommission, welche nach 11 Uhr noch einmal zusammentritt, bekanntgeben. Ein Redaktionsausschuß wird hierauf den definitiven Text des Protokolls ausarbeiten, das morgen vormittags der Vollziehung vorgelegt werden soll und das allem Anschein nach deren Sanktion finden wird. Deutschland wird also für Montag vormittag eingeladen werden können.

* * *

London, 1. August. Antsich wird mitgeteilt: Inwiefern das Uebereinkommen des Ersten Ausschusses wirksam werden wird, ist von einem erfolgreichen Abschluß der Arbeiten des Dritten Ausschusses abhängig. Beide Ausschüsse betrachten die französische Formel als ein unteilbares Ganzes. Die Ausichten für die Arbeiten des Dritten Ausschusses sind hoffnungsvoll. Zur Konferenzlage erzählt Reuters: Von einem Widerspruch der Bankiers gegen die bisher erzielten Ergebnisse verlautet nichts, was als ein gutes Zeichen gedeutet wird, da die Bankkreise bei früheren Gelegenheiten sehr schnell protestiert haben. Unter den Konferenzteilnehmern herrscht daher die Meinung, daß der Bericht enggültig und geeignet ist, den Dowceplan in Wirksamkeit zu setzen.

Die nächste Plenarsitzung der interalliierten Konferenz findet morgen um 11 Uhr

vormittags statt. Die Situation hängt jetzt von den Ergebnissen der Beratungen der Dritten Kommission ab, die, wie man hofft, heute ihre Arbeit beenden wird.

Die französischen Sozialisten delegieren nach London.

Paris, 1. August. (Havas.) Es verlautet, daß die sozialistische Partei eine fünfgliedrige Delegation unter Führung Leon Blums nach London senden will, damit sie sich mit der englischen Arbeiterpartei über die Durchführung der Resolutionen des Frankfurter sozialistischen Kongresses einigen solle, wo bekanntlich die Rechte Frankreichs auf Reparationen und Wiedergutmachung des verursachten Schadens von allen Delegierten anerkannt worden war. Die Delegation soll sofort abreisen.

Gegen die Verschleppung der Räumung.

Berlin, 1. August. (Eigenbericht.) Bei den deutschen Regierungsparteien ist man verstimmt über das Verlangen der französisch-belgischen Delegation in London, daß das Ruhrgebiet

erst in drei Zeitabschnitten geräumt werden soll, entsprechend der Unterbringung der deutschen Industrie-schuldverschreibungen. Man befürchtet, daß die Räumung des Ruhrgebietes durch die Annahme

„Die Partei steht an einem Scheidewege: soll sie die bisherige, von niemandem unter-schätzte Entwicklung in ein neues, lebendigeres Stadium vorantreiben; oder soll jene bald sprichwörtlich werdende Vorsicht, Schläuheit und Rücksichtnahme nach allen möglichen Seiten hin, die unter so großen Schwierigkeiten geschaffene Massenpartei der Gefahr der Versumpfung und damit schwerer Krisen preisgeben dürfen?“

„Sprichwörtlich werdende Vorsicht, Schläuheit und Rücksichtnahme nach allen möglichen Seiten“, photographisch getreuer läßt sich der Smeralismus nicht gut konterfeien. Schmeichelehaft ist es allerdings nicht, wenn —, sagt, die Vorsicht und Schläuheit der bisherigen Führung brächten die Partei in die Gefahr der Versumpfung. Aber das ist erst ein kleiner Anfang, es kommt noch viel dicker:

„Unsere Partei hat es bisher nicht verstanden, eine Einheitsfrontbewegung „von unten“ ins Leben zu rufen. Die Ansätze zu einer Betriebsrätebewegung sind dilettantisch und ungenügend. Die fehlerhafte und schwankende Taktik in der Gewerkschaftsfrage hat die Partei unfähig gemacht, eine lebendige Einheitsfrontbewegung in den so brennenden Fragen der Arbeitslosenunterstützung, des Genter Systems, der Agrar-scholle usw. zu führen. Die „Aktivität“ der Partei ist bisher eine fast ausschließlich parlamentarische gewesen und dies mit allen Entgleisungen.“

Smeral müsse, so folgert —, das Steuer endlich nach links wenden, aber er sagt ihm deutlich, daß er mißtraut, ob Smeral dies könne, denn es sei die Frage, „ob jemand, der nur nach einer Seite zu steuern versteht, auch nach dieser Seite hin ein guter Steuermann ist.“ Herr —, setzt fort:

„Es muß offen ausgesprochen werden: wo blieben bisher in unserer Partei die Diskussio-

niere Bestimmung auf unabsehbare Zeit hinaus-gesetzt werden kann, wenn nicht alle Bedingungen des Gutachtens durch Deutschland erfüllt werden sollten. Es wird darauf hingewiesen, daß das französische Militär den Ingenieuren nur als Schutzwache beigegeben werden sollte, und daß daher das Ruhrgebiet auch militärisch geräumt werden müsse, wenn die wirtschaftliche Räumung erfolgt. Gerade die Befahrung hinderere die Erfüllung aller Bedingungen des Gutachtens und deswegen müsse es um so bedenklicher erscheinen, daß Frankreich mit der Zurückziehung der Truppen zögere.

In Besprechung der militärischen Räumung sagt „Die Zeit“, das Wort Stresemanns, daß der Außenminister gewiß ein entschiedener Gegner der Verschleppung der Räumung von Köln und des Ruhrgebietes ist und daß das ganze Kabinett mit ihm darin übereinstimme. Die deutsche Delegation wird bestimmt nicht auf einen Vorschlag eingehen, der die vertragswidrige Befegung des Kölner Brückenkopfes und des Ruhrgebietes bis zum Sommer 1926 ausdehnen würde.

Die Radikpartei unterstützt Davidowicz

Belgrad, 1. August. Die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Vertretern der Radik-Partei wurden gestern mit Erfolg beendet. Die Abgeordneten der kroatischen Bauernpartei, 63 an der Zahl, werden die Regierung im Parla-ment unterstützen. Der Vizepräsident der Radik-Partei, Dr. Macel, erklärte Journalisten gegenüber: Wir sind mit der Regierung in alle u-einig. Ob wir als Regierungsmitglieder oder außerhalb der Regierung mitarbeiten, ist neben-sächlich. Wir sind bereit, nötigenfalls in die Regierung einzutreten. Bezüglich der Rück-kehr Radic's nach Jugoslawien, erklärte Macel: Radic war auch bis jetzt die Rückkehr nicht ver-boten; sie hing nur von ihm selbst und der Führerschaft der kroatischen Bauernpartei ab. Radic wird in absehbarer Zeit nach Agron kom-men und vielleicht, bevor er nach Jugoslawien zu-rückkehrt, London besuchen.

Seele braucht man sich nur an die anmaßenden und demagogischen Vorwürfe zu erinnern, welche die Skapetschisten das liebe Jahr lang gegen die „sozialverräterische“ Sozialdemo-kratie erheben, um die Berechtigung der Kom-munisten dazu zu erkennen.

„Ausprechen, was ist“, diesen sassaeanischen Grundsatz hat unsere Partei nur sehr sel-ten befolgt. „Ausprechen, was man tun soll“, noch seltener. Dafür hat man „alle Individualitäten verstanden“. Würde an Stelle der Vorsicht und der Schläuheit, durch recht-zeitige Diskussion mehr Klarheit getreten sein, es wäre unmöglich, daß hier eine Gemeindefraktion ersten Ranges sich an die Gewerkepartei mit einem Einheitsfrontanerbieten wendet, daß dort, „fern im Osten“, un-sere tschepathorussischen Abgeord-neten mit bürgerlichen Abgeord-neten wegen der Autonomie Karpa-thoruhlands verfallen. Die Partei-diskussion, die jetzt beginnt, muß gründlich und allgemein sein. Nur in einem Sumpf wird nicht diskutiert.“

Mit einem Wort: Los vom Smeralismus! Die Charakterisierung dieses speziell tschechoslowakischen Gewächses ist schon wert, daß man sie einem weiteren Kreis zur Kennt-nis bringt. Sie ist nach mehr als einer Seite hin lehrreich. Der Streit deckt die Gegensätze auf, von denen der Kommunismus durchwühlt ist. Dieser Streit wird fort dauern. Er hat seine Wurzeln in dem Streben, die Taktik der Partei den wirtschaftlichen und politischen Tai-sachen anzupassen. Der Smeralismus ist frei-sich eine besondere Abart dieses „Opportunis-mus“ und hat mit Völschewismus oft schon gar nichts mehr gemeinsam. Es fragt sich nur, was von der K. P. C. übrigbleibt, wenn sie den Weisungen der großen und kleinen Si-nowjews Folge leisten sollte.

Mit besonderen Bedenken haben wir stets die besondere Vorliebe eines Teiles unserer tschechischen Genossen für die Intellektuellen in der Politik beobachtet. Statt Einheitsfronten von unten zu schaffen, hörte man und horcht voll Be-geisterung auf jede Regung im La-ger der Kleinbourgeoisie und der Doktoren, die dichten oder nicht dichten.“

Bei diesen Bekenntnissen einer schönen

Ein agrarisches Märchen.

Mitte Dezember 1923 hat der durch seine Arbeiterfeindschaft bekannte landbändlerische Abg. Windirsch in einer parlamentarischen Rede gegen unseren Abg. Genossen Palme betont, daß auch der Kleinlandwirt mehr oder weniger an der Erstellung von Zöllen für die landwirtschaftlichen Produkte interessiert ist. Zur Erläuterung fügte Herr Windirsch, der Gegner des Achtstundentages und der Arbeitslosenversicherung, hinzu, daß auch der kleinste Landwirt, um existieren zu können, Geldeinnahmen haben muß, die erzielt werden durch den Verkauf verschiedener Erzeugnisse. Ergo, je höher die Verkaufspreise, desto besser die Einnahmen.

Wer denkt bei diesen Worten nicht an die Fabel vom Fuchs, der den Gänsen predigt, wie harmlos er doch sei? Herr Windirsch tut so, als ob die Einführung eines ganzen Systems agrarischer Steuern im Zuge wäre, während es sich in Wirklichkeit lediglich um die Getreidezölle handelt. Untersuchungen wie einmal, wieviel Kleinlandwirte als Interessenten am Getreidezoll überhaupt in Frage kämen. Nach einer Berechnung des Nationalökonom, Dr. Meyer, der selbst Landwirt war, beginnt der Verkauf von Getreide gewöhnlich erst bei einem Flächenausmaß von 8-9 Hektar. Wir wollen aber ganz sicher geben, um feiner Liebertreibung geziehen zu werden, und den Besitz von 5 Hektar als denjenigen annehmen, auf dem kein Getreide mehr zum Verkauf produziert wird.

In dem wichtigsten Lande der tschechoslowakischen Republik, in Böhmen, wurden nach der letzten Statistik, die durch die bisherigen Ergebnisse der Bodenreform in bedeutendem Maße beeinflusst worden ist, rund 700.000 Grundeigentümer gezählt, die im Durchschnitt nicht einmal einen ganzen Hektar Grund und Boden besaßen. Angenommen, aber nicht zugegeben, daß durch die Bodenreform ein jeder dieser Zwergbesitzer einen Hektar Ackerland dazu bekommen hätte, so würde diese erdrückende Masse der Landwirte Böhmens als Interessenten am Getreidezoll trotzdem vollständig ausbleiben. Es gibt 69.000 Besitzer von 5-10 Hektar, ebenso viele welche 10-20 Hektar ihr eigen nennen, 36.000 Besitzer von 20-50 Hektar, 2800 von 50-100 Hektar, 772 Besitzer von 100-200 Hektar, 389 von 200-500 Hektar, 144 von 500-1000 Hektar, 104 Besitzer von 1000-2000 Hektar und 151 Eigentümer von mehr als 2000 Hektar Grund und Boden. Gleichgültig, ob diese Zahlen bis auf den 3-Punkt heute noch stimmen oder nicht — erschütternd ist auf jeden Fall mit größter Eindringlichkeit, daß die erdrückende Mehrzahl der böhmischen Landwirte kein Getreide zum Verkaufe erzeugen, ja, selbst Getreide kaufen müssen, was eine empfindliche Belastung ihres Haushalts durch die Getreidezölle bedeutet. Mindestens hat die übergroße Mehrheit der landwirtschaftlichen Bevölkerung keinen Nutzen von den Getreidezöllen. Der Mittel- und Großbauernstand, um demselben angeblich die Zölle eingeführt werden sollen, sind und bleiben eine recht kleine Minderheit! Und was profitiert der Mittelbauer bei den Getreidezöllen? Wenn wir einen Landwirt wählen, der etwa 10 Hektar besitzt, so ist anzunehmen, daß er zum Verkaufe etwa 25-30 Prozent seiner Getreide bringen kann. Rettet ihn der Mehrwert infolge des Zolles wirklich? Abgesehen davon, daß die Erhöhung der Lebensmittelpreise sich umsetzt in höhere Preise der vom Landwirt benötigten Bedarfsartikel. Natürlich: je größer der landwirtschaftliche Besitz ist, desto mehr wächst der Pro-

fit und kommt am stärksten bei den Landbesitzern, wie Schwarzenberg usw. zum Ausdruck. Fene, die nicht arbeiten, so wie der Bauer, haben also vom Getreidezoll den höchsten Nutzen! Wagt Herr Abg. Windirsch dies zu bestreiten?

Männer, deren Bauernfreundlichkeit unbestritten ist, haben längst nachgewiesen, daß hohe Vieh- und Getreidezölle wohl augenblicklich einen kleinen Vorteil gewähren können, aber sonst den Landwirten sehr gefährlich werden. In einem vor ungefähr 20 Jahren von Dr. Liebhaber im Salzburger Landtag eingebrachten Gesetzentwurf heißt es: „Die Zölle auf Getreide und Vieh helfen der österreichischen Landwirtschaft nichts“. Und in dem vom Salzburger Landesausschuß im Jahre 1881 erstatteten Bericht über die Schaffung eines Agrarrechtes ist zu lesen: „Eine Reihe von Berichten einfacher und schlüssiger Männer stimmt in der Beobachtung überein, daß die erhöhten Viehpreise zur riesigen Wertvermehrung der Bauerngüter des Landes beigetragen haben, welche wieder die Erhöhung der Erb- und Pflichtenlaste, sowie Ausgedinge bewirkten. Als dann infolge des Sinkens der Viehpreise der Wert der Güter zurückging, ergab sich von selbst eine Höhe der Hypothekenzuschuldung, welche in vielen Fällen zur Verarmung, zur Verschuldung und zur Exekution der Grundbesitzer führte.“ In dem Runderlaß des preussischen Ministers für Landwirtschaft vom 23. Juni 1896, wird erklärt, „daß die bloße Steigerung der landwirtschaftlichen Rentabilität und der dadurch herbeigeführte Aufschwung der Landwirtschaft zwar dem jetzigen, hochverschuldeten Besitzer zugute kommt, aber keine Gewähr gegen die Wiederkehr ähnlicher gefährlicher Zustände in künftigen Generationen darstellt. Im deutschen Reichstag sprach am 29. März 1895 der Reichskanzler Fürst Hohenlohe, der selbst einer der größten Grundbesitzer war: „Solche Anträge (auf Erhöhung der Getreidezölle) bringen durchaus nicht allen Landwirten Nutzen. Es gibt viele, denen der Antrag nicht nur keinen Vorteil, sondern einen Nachteil bringen wird.“ Fürst Hohenlohe kam zu dem Ergebnis, daß 76 Prozent aller deutschen Landwirte kein Getreide verkaufen können. Das ist aber nur die Bevölkerung, welche Grund besitzt. In der tschechoslowakischen Republik sind jedoch volle 12 Millionen Einwohner, welche keinen Grund und Boden besitzen!

Man hatte seinerzeit unter Hohenlohe's Regime auch in Österreich lange erzählt, daß das ganze Landvolk hohe Getreidezölle wünsche. Die Entwicklung hat dieses Märchen gründlich widerlegt. Nachdem der Zolltarif von 1906 in Kraft getreten war, waren die Getreidepreise schnell gestiegen. 50 Kilo Weizen mußten im Jahre 1907 mit 11 K 17 Heller, im Jahre 1908 mit 13 K 03 H., und im Jahre 1909 gar mit 15 K 50 Heller bezahlt werden. Mit einem Schlagschlag stieg nun auch für den Bauer der Preis des Mehles, des Brotes, des Futtermittels, der Kleie. Die Bauern zwangen ihre Vertreter, sich gegen die Getreidezölle zu wenden. Der Polenklub, der die galizische Bauernschaft in seiner Weise vertrat, mußte im Jahre 1909 die Suspendierung der Getreidezölle beantragen, die er doch mitgeschloffen hatte, und in den Alpenländern setzte gleichzeitig eine Bewegung der „Hörndbauern“ gegen die „Körndbauern“ ein. Der Beweis war erbracht, daß ein großer Teil der Bauernschaft die Getreidezölle im eigenen Interesse bekämpfen muß.

Davon weiß der verehrte Herr Abg. Windirsch nichts? Und ist ihm auch die Schrift des ehemaligen österreichischen Abg. Ritter v. Panz-

Die Hochschuttpolitik Hohenblums und der österreichischen Bauernschaft nicht bekannt? Panz wandte sich auf Grund der veröffentlichten amtlichen Erhebungen über die Wirkung hoher Getreidezölle auf die Landwirtschaft mit aller Kraft gegen die Hohenblum'sche Politik und schied zum Schluß: „Deshalb behaupte ich, daß der Bauernstand, vor allem der alpenländische, in seiner ganzen Interessensphäre dem Gewerbetreibenden und dem Arbeiter weit näher steht, als dem Großgrundbesitzer, und daß es der Bauer, dessen Bruder so häufig Gewerbetreibender oder Arbeiter ist, viel nötiger hat, eine diesen Berufsständen verfeindliche Wirtschaftspolitik zu treiben, als mit der bisherigen Agrarpolitik eine einseitige Klassenpolitik zu machen, bei der er schließlich doch nur die Kosten aus dem Feuer holen und sich selbst die Hand verbrennen darf.“

Analog dieser vernünftigen Auffassung hat erst vor wenig Wochen der christlichsoziale Tiroler Bauernbund Stellung gegen die sogenannten Schutzölle genommen, die er ein sehr bequemes Mittel zur schnellen Bereicherung Einzelner nennt. Es gibt aber noch andere Fachleute, welche das „Allheilmittel“ des Schutzzolles entschieden ablehnen. Erinnert sei an das heuer erschienene Werk des österreichischen Bundespräsidenten Dr. Hainisch: „Die Landflucht“, in welchem er die Schädlichkeit der Schutzpolitik ausführlich darlegt. Bekanntlich tritt Dr. Hainisch, ebenso wie unser österreichischer Genosse Dr. Bauer für die Errichtung eines staatlichen Getreidemonopols zur Herbeiführung möglichst stabiler Getreidepreise ein.

Aber warum in die Ferne schweifen, denn auch unter den heimischen Agrariern gibt es Personen, welche wohl oder übel zugeben müssen, daß die Zollfrage denn doch kein so einfaches Problem ist, wie es sich die Herren Abg. Kaiser und Windirsch und der landbändlerische Senator Knesch vorzustellen belieben. Letzterer machte sogar den mißglückten Versuch, unseren — Karl Marx als Kronzeugen für die Profitinteressen der Großagrarien der staunenden Welt vorzuführen! Da ist bei der deutschen Section des böhmischen Landesfunktionsrates der Oberst Andreas Meisner angezogen. Dieser war schon unter Hohenblum ein waderer Vorkämpfer großagrarischer Interessen. Auf seinen Antrag hat noch im Jahre 1914 ein Bauerntag in Saaz, an welchem auch der Reichsritter v. Hohenblum teilnahm, anlässlich der damals bevorstehenden Revision der Zoll- und Handelsverträge mit den Balkanstaaten, gegen jede Vieh- und Durchfuhr, sowie gegen jede Erhöhung der Fleischsubventionen Protest erhoben. Am 17. Juni 1924 hat er in der „Deutschen Landpost“ eine Reihe von Forderungen formuliert, u. a. die Wiederherstellung aller vor Kriegsausbruch in Österreich bestehenden Agrarzölle mit dem Koeffizienten 6. Herr Andreas Meisner, der ein Vollagrarier ist, hat ferner zwei größere Broschüren veröffentlicht, worin er sich sehr lebhaft für die Schutzölle einsetzt. Eine Broschüre ist direkt an die Adresse der — roten Kleinbauern gerichtet, um sie von ihrer Abneigung gegen die Schutzölle zu kurieren. Gelungen ist diese Art schon deshalb nicht, weil die Broschüren einen äußerst schlechten Abgang hatten. In seinem Werke „Agrarische Zollpolitik“, erschienen 1921, setzte er sich im 22. Kapitel mit dem gegenseitigen Verhältnis der Großgrundbesitzer, Bauern und Kleinbauern in bezug auf die Agrarzölle auseinander. Er stellt vor allem Häusler und Großgrundbesitzer einander gegenüber. Häusler,

welche nicht einen regelrechten Landwirtschaftsbetrieb mit eigenem Strich sowie ein bis zwei Kühen aufweisen, „gehören vom zollpolitischen Standpunkt in die Gruppe der Konsumumenten“ sagt Herr Meisner ganz richtig, ohne deren große Zahl irgendwie auch nur anzudeuten. Mit statistischen Zahlen über die Betriebsgrößen in der Landwirtschaft geben sich die Anwälte der Großagrarien vorfahrigweise überhaupt nicht ab. Herr Meisner schreibt dann wörtlich: „Die in der Mitte befindliche Gruppe der bäuerlichen Grundbesitzer steht mit ihrem unmittelbaren Interesse bald auf der Seite der Großgrundbesitzer, bald auf der Seite der Kleinbauern, je nachdem die Bauern hinsichtlich jener Artikel, deren Belegung mit Schutzölle erwogen wird, mehr als Lieferanten oder als Käufer in Betracht kommen. Soweit es sich um das Verhältnis zwischen Großgrundbesitzern und Bauern handelt, läuft dasselbe im großen und ganzen auf den Unterschied von Getreidebauern und Viehzüchtern hinaus, indem im allgemeinen auf den Großgrundbesitzungen der sich für den Großbetrieb besser eignende Getreidebau, dagegen auf den Bauernwirtschaften die viel Kleinarbeit erfordernde Viehzucht überwiegt.“ Gleichartige Interessen in der Zollfrage existieren also innerhalb der Landwirtschaft gar nicht!

Aber es kommt noch besser! Herr Oberst Meisner schreibt auf Seite 89 und 90 seines Wertes noch folgendes: „Die Gegner der Agrarzölle, zu welchen vielfach auch politische Führer der Kleinbauern gehören, weisen darauf hin, daß die Kleinbauern weder Viehzucht noch Getreidebau in einem derartigen Ausmaß betreiben können, daß sie nennenswerte Mengen zum Verkaufe bringen können. Für den Kleinbauern sei es gar kein Vorteil, wenn die Kuh, die er im Stall hat, einen hohen Geldwert repräsentiert; der höhere Wert könne von ihm doch nicht realisiert werden; wohl aber steigere er die Größe des Verlustes im Falle der Rosschlachtung oder des Umstehens der Kuh; für den Kleinbauern sei die Hauptsache, daß die Kuh viel Milch gibt, an einem hohen Milchpreis habe er auch kein Interesse, da er ja die in seinem Stalle gewonnene Milch für den eigenen Haushalt benötigt und eventuell für eine vielköpfige Familie noch Milch zukaufen müsse; desgleichen sei es für den Kleinbauern nur erwünscht, daß die Getreidepreise möglichst niedrig sind, da ihm ja von seiner eigenen Getreideerzeugung nicht nur nichts für den Verkauf übrig bleibe, sondern er Futtermittel, bzw. Brot und Mehl kaufen müsse. Aus all diesen Umständen wird der Schluß gezogen, daß die Kleinbauern weder an Viehzöllen noch an Getreidezöllen ein aktives Interesse haben, sondern derlei Zölle als für sie nachteilig ablehnen müßten.“ Und wie widerlegt Herr Meisner diese Argumente „der politischen Führer“ der roten Kleinbauern? Er antwortet: „Wiewohl die geschilderte Lage der Kleinbauern unbestreitbar richtig ist, ist der darauf aufgebaute Schluß trotzdem nur ein Trugschluß: Es werden nämlich die auch für den Kleinbauern sehr schwerwiegenden Rückwirkungen übersehen, welche im Falle eines allgemeinen Rückganges der heimischen Produktion an Vieh und Getreide notwendigerweise auch für die Kleinbauern eintreten müßten. Und worin bestehen diese bösen Rückwirkungen? Angeblich wäre dann kein richtiges Saatgut zu haben und die Viehsuchen würden eingeschleppt werden, weiters würde der Rinderstand sehr an Ertrag zurückgehen. Das ist alles! Ueber die Väterlichkeit dieser Argumente braucht man kein Wort zu verlieren. Sie sind der Ausfluß größter Verlegenheit. Nicht minder ist es eine Verlegenheitsphrase, wenn

Die kleine Lotte.

(58)

Von Simone Bobbe.

Übersetzt von Dr. Anna Ruchbaum, Copyright by Interterritorialer Verlag „Renaissance“, Wien.

Charlotte, außer Atem, rot geworden, setzt sich auf einen umgestürzten Baum. Noch ist er ganz moosbedeckt, verrotten, bald wird er fortgeragen werden. Henri wirft den Hut vor sich, streckt sich in einiger Entfernung von ihr lang auf den Boden.

„Haben Sie nicht Hunger?“
„Doch.“
„Wie ein Wolf?“
„Wie viele Wölfe.“
Er hebt sich auf einen Ellbogen, um sie besser zu sehen. Lächelt, scheint sie sehr lässig zu finden. Sie blickt ihn an — hält ihm die geöffneten Hände entgegen — halb Bitte, halb Zutrauen. Ein Bröseln fällt auf ihre Nive.

Sie sind in einem großen, grünen Rund. Kreuzweise verschlungene Bäume in der Mitte lassen abgestorbene Äste hängen, auf denen halbverwesene Insekten zu sehen sind. Glanzglänzende Stämme steigen in schwindelnde Höhe auf wie Tempelsäulen. Ein weiter freier Raum verschwindet in fernem Blau. Die Luft geht frisch. Junge Bäume erschauern glücklich in allen ihren Blättern. Eine schmale Wildbahn zwischen goldleuchtenden Ginstern. Schmetternde Fanfare inmitten des dunklen Grün.

„Der Ginstern lockt, Charlotte — aber es ist nicht unser Weg.“

Henri glaubt alle Waldpfade zu kennen. Die Wildbahn führt zu einer kleinen weißen Stadt. Sperlinge piepen um den alten Kirchturm. Ueber ein klares Bächlein an einer draufenden Mühle vorüber.

Der Weg von ihnen sinkt immer tiefer in

Waldgrün. Am Ende erblickt man — die Augen geblendet von Taghelle — wie Reisende, die aus dem Erdinneren aufsteigen, eine weite Ebene. Ganz im Fernen ein Dorf. Man sieht nur den Turmhahn in der Sonne glänzen. Schöner ist es, hinzugehen, wenn das Feld in blonden Wehren steht, durch die der Wind weht. Dann ist der Turm wie ein Mast auf einem ausfahrenden Schiffe.

„Hier durch?“
Da ist der Schindlrötenweg, so genannt, weil man nur langsam auf ihm vorwärtskommt. Von allen Seiten loden Ausbilde; man möchte sich immer wieder ins dicke Gras legen. Weit von hier gibt es noch eine Stadt voll malerischer Anmut, an einem Flüsschen, das hohe Bappeln beschützt. Darüber ragen die Überreste eines alten Schlosses. Schön ist es, von dort auf den Wald zu schauen.

„Werde ich hingehen?“
„Ja, Seelen.“
Wein Henri mit seiner Prüfung fertig ist, im nächsten Monat, wird Charlotte überallhin — mit ihm und Sonia.

„Sehen Sie den schwarzen Weg dahinten — den wollen wir nehmen.“

„Er führt nach Ihrem Clary?“
„Vielleicht, ich bin ihm noch nie gegangen — wir ziehen auf Entdeckungen aus. Ich sehe es Ihnen leuchtenden Augen an, daß Sie gerne noch ein Brötchen hätten.“

Er steht auf, es ist ihr zu bringen. Run wieder abwärts, weiche Erde gibt unter dem Tritt nach, leises Schauern durch das Gebüsch. Lotte hält, horcht, unbeweglich, einen Finger auf den Lippen, hofft auf ein Reh. Henri hat gesagt, daß es hier welche gebe. Flügelschlag, ein leichter Schrei — nur ein Vogel. Entzückt sieht sie ihm nach.

Einige Schritte weit tanzt in dünnen Grashalmen ein zarter weißer Schein. Die Kleine

kauft ein Malglöckchen! Schon kniet sie, streckt die Hand aus.

„Charlotte! ... So im Schatten verloren. Sehe ich nur Ihre blauen Augen. Sie sind selbst Waldblume — nähern Sie nicht die Freude Ihrer glücklichen Schwester.“

Sie weicht betrübt zurück. Er liebt Blumen, sie weiß es. Er hat sie immer in seinem Zimmer. Oft wollte sie ihm welche bringen. Aber sie hätte sie um „sein Geld“ kaufen müssen.

„O, Mi! Ich wollte sie Ihnen geben!“
Er kniet neben ihr im Gras, nimmt ein Buch aus der Tasche, öffnet es. Sie legt die weißen Gloden sanft hinein. Sie duften nicht so hold wie ihr Bekenntnis.

„Kleines Mädchen, wie fühlt man sich in unserem Walde?“
„Oh, wie gut!“

„Zu gut. Er ist verzaubert. Wir müssen uns wehren — sonst überrascht uns die Nacht. Ich glaube, wir haben uns verloren.“

Sie finden einen Hohlweg, von Dornesträuchern eingefäumt. Ihnen zur Rechten die Ebene. Vor ihnen, an den Hügel gebettet, heben sich aus blühenden Apfelsbäumen einige Häuser um den schiefen Kirchturm.

„Das ist Soucy“, sagt Henri, „wir hätten besser gefast, über Mont-au-Bert zu gehen.“
„Ist es weit?“

„Ja. Ich fürchte, Sie sind sehr müde.“
Zus Tälchen hinunter, dann aufwärts. Sie drehen sich im Kreise. Lotte wird unruhig. Dies Verlorensein ist ihr Freude. Er lacht.

„Kennen Sie Pythagoras?“
„Das ist ein Grieche.“

„Er hat gesagt: Der Mann ist Logik, die Frau Ahnung. Kleine Ahnung — finden Sie den Weg nach Mont-au-Bert, und ich werde Sie führen.“

Macht er sich über sie lustig trotz seiner zärtlichen Augen?

Ein stämmiger Bauer, staubbedeckt, die Mütze auf dem Kopfe, in hohen Stiefeln, ruft sie an:

„Gehst du spazieren, he?“
„Wir wollen nach Mont-au-Bert. Ist es noch weit?“

„So was wie 'ne Viertelstunde, vielleicht mehr, vielleicht weniger. Wollt ihr dort zu Mittag essen?“

„Nein, in Clary?“
„Ein tüchtiger Watsch, wenn ihr den Weg nicht wißt. Werdet nach dem Schlosse kommen. Ich will euch führen.“

Das Dorf ist wirklich Soucy. Henri, der glaube, alle Dörfer zu kennen, hat es noch nie gesehen.

„So — da geht's weiter. Jetzt könnt ihr euch nicht mehr trennen.“
„Danke, Sie sind sehr freundlich.“

„Sind auf dieser armen Welt, um zu helfen.“
Sie schütteln einander die Hände. Dann geht's weiter. Der Weg ist schlecht. Henri muß Lotte am Arm halten, daß sie nicht fälle. Aber der Blick ist herrlich. Ein klares Bächlein spielt zwischen Wiesen Vertiefen. Rote Kühe weiden. Manchmal hebt eine von ihnen den Kopf, betrachtet die Unbekannten, mußt langgedehnt. Das Bäumerdick steht in dichten Reihen, unbeweglich schauen. Wollte es sich die Mütze nehmen, herüberzusteuern — im Handumdrehen könnte es Wiesen, Wohnstätten — alles — wegwehren. Aber es steht gleichgültig, wie in Verachtung. Die Kinder gehen, ohne zu sprechen.

„Denken Sie nicht zu viel, Charlotte. Leben ist besser. Schauen Sie nicht zu viel auf die Bäume, sonst kommen wir nie ans Ziel.“

Henri singt:
„In meiner tollen Jugendzeit war ich der fliegenden Schwalbe gleich!“

Lotte findet ihn komisch, wendet sich um, lacht.

(Fortsetzung folgt.)

in der besagten Broschüre erklärt wird, die „vorteilhafteste Wirkung“ der Agrarzölle komme direkt oder indirekt (!) allen Betrieben zugute und es besitze die Notwendigkeit, „daß bei der Festsetzung der Agrarzölle auf die Verschiedenartigkeit ihrer unmittelbaren Wirkung einerseits für die verkaufenden, andererseits für die tausenden Landwirte gebührende Rücksicht genommen wird.“ Wie dieses Kunststück fertig gebracht wird, verrät uns Herr Meißner allerdings nicht. Dagegen ist er so freundlich, die Tatsache einer allgemeinen Verteuerung der Lebenshaltung und damit eine Steigerung der industriellen Produktionskosten nicht in Abrede zu stellen.

Wenn schon ein wissenschaftlich geschulter Agrarier wie Meißner zugunsten der Agrarzölle für die Kleinbetriebe nichts Stichtätiges sagen kann, so vermögen um so weniger die Wald- und Wiesenrodner der Landbündler ihre demagogischen Behauptungen zu begründen.

Das Gerede derer um Windirsch ist eitel Gefunster, gewollte Irreführung der Kleinlandwirte, welche die komplizierte Materie nicht beherrschen können. Der Kampf um die Agrarzölle ist ein Kampf der Großgrundbesitzer um eine höhere Grundrente, um ein größeres arbeitsloses Einkommen. Teifen erklärt: „Der Bauer braucht keine hohe Grundrente. Er ist im Gegensatz zum Latifundienbesitzer ein Arbeiter, der zufrieden ist, wenn ihm der Hof den vollen Arbeitsertrag liefert. Wo die Grundrente hoch ist in den Kulturstaaten Europas, da flugt man über die Verarmung der Bauern, und die Bauern wandern aus. Und wohin? Dorthin, wo es fast keine Grundrente gibt, nach Amerika! Die hohe Grundrente, der hohe Grundpreis stößt die Bauern ab; die niedrige Grundrente und der niedrige Grundpreis zieht die Bauern an.“ Will Herr Windirsch dies widerlegen? J. Sch.

Die Sozialversicherungsvorlage.

XI.

Die Vorlage ist finanziell auf dem System der Kapitaldeckung durch Prämien aufgebaut. Das Kapitaldeckungssystem besteht darin, daß die Beschaffung der Mittel für die Sozialversicherung auf die Art erfolgt, daß anlässlich der Aufstellung am Ende einer Rechnungsperiode nicht nur auf den erforderlichen Aufwand innerhalb dieser Periode, sondern auch auf die künftigen Verbindlichkeiten aus dieser Periode, deren Höhe nach den Grundfragen der Versicherungsmathematik zu errechnen ist, Rücksicht genommen wird. Eine weitere Möglichkeit besteht darin, daß auf Grund von Annahmen über die voraussichtlichen Sterblichkeits- und Invaliditätsquotienten der Versicherten und ihrer Angehörigen, über die Austritte, Beitritte und andere auf die Sozialversicherung einfließenden Erscheinungen nach den Grundfragen der Versicherungsmathematik von vornherein eine Durchschnittsprämie in der Weise festgesetzt wird, daß der Barwert aller in Zukunft zu erwartenden Leistungen durch den Barwert sämtlicher Beiträge, welche der die Versicherung durchführenden Anstalt zufließen, gedeckt wird.

Gegen dieses System wurde entweder die Einführung des reinen Umlagesystems — das heißt, daß die im Laufe eines Jahres aufgelaufenen Kosten durch die Leistungen der Alters- und Invalidenversicherung als auch durch die Verwaltungskosten auf die Versicherten und Arbeitgeber aufgeteilt werden — oder aber eines Systems verlangt, das zum Teil dem System der Umlage, zum anderen jenem der Umlage angepaßt ist.

Der Streit über die zweidmähigste Methode, die bei der Beschaffung der finanziellen Mittel in der Sozialversicherung angewendet werden sollte, datiert schon seit der Zeit, seitdem in Deutschland an die Schaffung der Sozialversicherung geschritten wurde. Auch in Oesterreich hat diese Frage bei der Erörterung aller Vorlagen, die dem Abgeordnetenhaus unterbreitet wurden, eine ausschlaggebende Rolle gespielt. Die Meinungsdivergenzen haben auch in der Literatur den lebhaftesten Widerhall gefunden. Tatsache aber ist, daß fast alle Staaten mit ganz geringen Ausnahmen für die Beschaffung der Mittel für die Sozialversicherung das System der Kapitaldeckung gewählt oder in Aussicht genommen haben.

In der Hauptsache waren es wieder die Nationaldemokraten, die „unter Berücksichtigung der außerordentlichen Verhältnisse der Volkswirtschaft“ einen Antrag ausarbeiten ließen und zur Beratung stellen, nach welchem vorerst eine niedrigere Prämie, die späterhin steigen sollte, um dann später auf einer gewissen Höhe stabil zu verbleiben, vorgesehen war. Es ist nicht ohne Interesse, festzustellen, daß der Verfasser des Antrages und der nicht besonders ausführlich gehaltenen Begründung Herr Dr. Hubert Kortkisch, der ehemalige Sekretär der Allgemeinen Pensionsanstalt für Angestellte ist, der nach den Mitteilungen des Referenten dem Ministerium für soziale Fürsorge Grundzüge für die Sozialversicherung unterbreitet hat, deren Realisierung drei Milliarden jährlich erfordert hätte. Herr Dr. Kortkisch ist also zweifellos der berufene Hüter der Volkswirtschaft. In der Begründung des Antrages wird unter ausdrücklicher Anerkennung der außerordentlich wissenschaftlichen Arbeit der Berechnungsmethode der Vorlage der Meinung Ausdruck gegeben, daß die

Die Führer der deutschen Delegation zur Londoner Konferenz.



Außenminister Stresemann und Reichskanzler Marx.

Die deutsche Delegation zur Londoner Konferenz wird sich aus dem Reichskanzler, dem Reichsaußenminister, sowie einem beschränkten Kreis von Referenten des Auswärtigen Amtes, des Reichsfinanz-, des Reichsverkehrs- und Reichswirtschaftsministeriums zusammensetzen. Dazu kommen Fachleute für die Spezialfragen des Gutachtens.

zur Berechnung dienenden Grundlagen — die Ergebnisse der deutschen Sozialversicherung — keineswegs ohne weiteres auf unsere Verhältnisse angewendet werden können und daß auf einige Momente, z. B. die Auswanderung, die bei uns weit mehr in Erscheinung treten wird, als es in Oesterreich der Fall war, nicht entsprechend Rücksicht genommen wurde.

Es wird auch darauf verwiesen, daß es schwer möglich ist, das Vorkriegsmaterial zu verwenden, da die Nachkriegsverhältnisse einen überaus ungünstigen Einfluß auf die Vollgesundheit ausgeübt haben. So hat sich der Krankenstand bei den Krankentassen im Jahre 1921 gegenüber dem Jahre 1920 um 40 Prozent erhöht. Der Verfasser des Antrages gibt zu, daß in normalen Zeiten das System der Durchschnittsprämie nicht empfohlen werden kann. Aber in der heutigen schweren Zeit erachtet es der Verfasser als zulässig, daß in den ersten Jahren ein wenig niedrigere Prämien eingehoben werden, die dann sukzessive erhöht werden könnten, bis die Erfordernisse aus der eigenen Versicherung zu Gebote stehen werden. Eine Theaurierung des Kapitals ist auch nach Auffassung des Dr. Kortkisch nicht zu vermeiden, es muß aber bei der Festsetzung der Anfangsprämie auf die Tragfähigkeit der Volkswirtschaft Bedacht genommen werden. Er kommt zu dem Ergebnisse, daß innerhalb der ersten zehn Jahre eine Prämie von 3,6 Prozent, vom 11. bis zum 20. Jahre eine solche von 4,8 Prozent und vom 21. Jahre ab eine solche von 6 Prozent eingehoben werden könnte.

Auch bei oberflächlicher Prüfung dieses Antrages wird man zu erkennen vermögen, daß es sich keineswegs um eine für die Versicherten anwendbare Methode handelt, sondern daß der Antrag nur dem einen Zweck dienen sollte, die Vererbung der Sozialversicherung zu verschleppen. Das war der Dienst, den Herr Dr. Kortkisch der tschechoslowakischen Volkswirtschaft schuldig zu sein glaubte. Hätte Herr Dr. Kortkisch die Realisierung seines Antrages ohne Gefährdung der Sozialversicherung bei ihrer Entstehung oder in absehbarer kurzer Zeit für möglich gehalten, dann wäre er verpflichtet gewesen, eine eingehende Motivierung seines Standpunktes allgemein zugänglich zu machen. So aber erhebt sich Dr. Kortkisch, dem Verfasser des versicherungsmathematischen Teiles der Vorlage gegenüber den Vorwurf, daß er zur Grundlage der Erhebungen ausschließlich die reichsdeutschen Verhältnisse herangezogen hat, die auf uns nicht angepaßt werden können, denn in den Jahren 1906 bis 1910 sind von 100 Bewohnern in Deutschland 1,75 und in Oesterreich 2,23 Prozent gestorben und es kann der Auffassung Dr. Kortkisch gemäß auch angenommen werden, daß sich dieselben Differenzen bei den für die Invalidität angenommenen Voraussetzungen ergeben werden. Dabei — meint Dr. Kortkisch — stammen die deutschen Beobachtungen nur aus der Zeitperiode größter wirtschaftlicher Prosperität. Dr. Kortkisch beweißt also trotz aller Anerkennung für die Arbeit Professor Dr. Schönbaums die Nichtigkeit der Berechnungsgrundlagen und es muß also angenommen werden, daß er auf dem Standpunkte steht, daß mit der in Aussicht genommenen Prämie von 4,72 Prozent das Auslangen nicht wird gefunden werden können. Geht er von dieser Voraussetzung aus, dann ist es zweifelhaft, daß die Anforderungen der Anspruchswerber eine weit größere sein wird, als sie die Vorlage im zweiten und dritten Jahrzehnt des Bestandes der Sozialversicherung in Aussicht nimmt und es ist für jeden klar, daß dann nicht mit einem sechsprozentigen Betrag, wie ihn Dr. Kortkisch annimmt, das Auslangen wird gefunden werden können, sondern daß das Erfordernis ein weit größeres ist. Es besteht dann die Gefahr, daß der Wert der Leistungen in seiner Relation zu den Prämien stehen und daß diese Art der „sozialen Fürsorge“ von den Versicherten selbst mit aller Entschiedenheit abgelehnt werden wird. Die zweite Gefahr, die dem Antrag Dr. Kortkisch

innewohnt und der er sich auch bewußt ist, ist die, daß im Falle andauernder wirtschaftlicher Depression z. B. innerhalb des zweiten Jahrzehnts des Bestandes bei der Anwendung dieses Systems ein vollkommener Zusammenbruch der Sozialversicherung erfolgen dürfte.

Dabei muß berücksichtigt werden, daß dem Gedanken, der dem Antrage Dr. Kortkisch vorliegt, daß nämlich eine Entlastung der gegenwärtigen und eine Belastung der künftigen Generation durchgeführt werde, in der Vorlage bereits Rechnung getragen wird. Im Motivenbericht wird eingehend dargelegt, daß die heutige Generation tatsächlich entlastet müßte:

In der Klasse A 154,29 Kr
In der Klasse B 194,34 Kr
In der Klasse C 236,11 Kr
und in der Klasse D 290,88 Kr

Tatsächlich beträgt die wirkliche Prämie für die Gesamtheit der Versicherten unter Zugrundelegung der im Motivenbericht enthaltenen Zahlen und unter Berücksichtigung der durchgeführten Restriktion:

In der Klasse A 172,76 Kr
In der Klasse B 217,11 Kr
In der Klasse C 263,29 Kr
und in der Klasse D 319,41 Kr

Wenn wir also die Wahl haben zwischen dem in der Vorlage niedergelegten und dem seitens der Nationaldemokraten vorgeschlagenem System, dann sprechen wir uns ohne Bedenken für das erstere aus. Dabei verhehlen wir uns nicht, daß die Tatsache, daß der ursprüngliche Aufwand, der für die Alters- und Invaliditätsversicherung mit 800 bis 850 Millionen Kronen in Vorschlag gebracht und nunmehr durch verschiedene Umstände, mit denen wir uns noch in einem späteren Kapitel beschäftigen werden, mit 558,418.800 Kronen errechnet wurde, überaus bedenklich ist.

Ausland.

Ein Schilddrüsenknoten der Leipziger Polizei.

Ernst Toller, der vor wenigen Tagen die Festung Niederschönenfeld, die bayerische Hölle, nach fünfjähriger Gefangenschaft verlassen hat, weil in Leipzig, um persönlich die Proben zur Ausführung seines Massenspiels zu leiten. Donnerstag früh wurde der Dichter plötzlich verhaftet und dem Jahdungsamt der Leipziger Polizei vorgeführt. Es stellte sich bald heraus, daß die Verhaftung irrtümlich erfolgt war. Soweit ist das Ganze eine große Verfehlung der Polizeiorgane. Großes aber wird die Angelegenheit durch die Begründung, welche die Polizei der irrtümlichen Verhaftung gab. Man hatte Toller auf Grund des Steckbriefes festgenommen, der vor fünf Jahren gegen ihn ergangen war. Die damals aufgefachte Prämie von 10.000 Mark für die Ergreifung Tollers bewog die Leipziger Polizeiorgane, eine Tüchtigkeit zu zeigen, deren sie feinerzeit, als sie den wegen Meinungs- und anderer Delikte verhafteten Kapitän Ehrhardt entlassen ließen, so sehr ermangelten. Sie wußten nichts davon, daß Ernst Toller, der ihnen — wenn sie ihn als deutschen Dichter schon nicht kennen — doch als Sozialist, als „Aufwiegler“, als Feind der bürgerlichen und besonders der bayerischen Ordnung bekannt sein müßte, fünf Jahre in einem bayerischen Schandgefängnis verbracht hat und daß er seit seiner Entlassung unablässig bemüht ist, Aufklärung über die ständischen Zustände in Niederschönenfeld zu schaffen. Nach einigem Überlegen muß verschiedenen Leuten das Blödsinnige der Motivierung aufgefallen sein, denn man schübte plötzlich eine Verwechslung mit einem Norweger vor. Die Freunde Tollers waren selbstverständlich in großer Sorge, da die Rechtsprozedur der famosen bayerischen Verhaftung nicht ausgeschlossen erscheinen läßt, daß Toller ein zweiter Prozeß gemacht wird. Man hat es erlebt, daß wegen eines in der Ur-

teilsbegründung vergessenen Punktes ein Prozeß von neuem eingeleitet wurde. So wurde im Falle Wabigüther, der seine dreifährige Festungshaft verbüßende „Verbrecher“ wegen einer Einzelheit aus dem alten Anlagestoff zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Der Polizeipräsident ordnete die Entlassung Tollers zwar an, der Uebergang zeigt aber, wie leicht man selbst auf sächsischem Boden verhaftet werden kann, wenn die Polizei weiß, daß man 1919 Sozialist war. Zur Freiheit kommt wie gewöhnlich, so auch bei der Leipziger Polizei eine kräftige Dosis Dummheit dazu. So sorgt man in Deutschland dafür, daß alle jene Tugenden, die den wilhelminischen Geist ausmachen, erhalten bleiben. Die leitenden Stellen scheinen nicht zu fühlen, daß sie das Ansehen staatlicher Institutionen bei allen vernünftigen und anständigen Leuten in Mißkredit bringen und — was fast noch schwerer wiegt — die deutsche Republik in der Welt verächtlich machen.

Um die Weimarer Verfassung.

Die bayerische Regierung hat bekanntlich die Verfassungsfeier unter freiem Himmel, die für den zehnten August geplant waren, verboten. Hat sie durch dieses Verbot und seine Begründung, es sei für die Aufrechterhaltung der Ordnung keine Gewähr gegeben, dokumentiert, daß man im „Ordnungsstaate“ Bayern die Republik nicht feiern kann ohne Gefahr zu laufen, ein Opfer rechtsradikaler Angriffe zu werden, so hat sie es noch für nötig gehalten, ihre eigene Mißachtung der Weimarer Verfassung zu bekunden. Sie hat erklärt, sie stehe zwar auf dem Boden der Verfassung, sie habe aber keine Ursache, sich über sie „zu freuen“. Die Reichsregierung wird die zynische Bemerkung eines bayerischen Staatsmannes wahrscheinlich wieder einmal ruhig einfließen lassen. Schlimmer als die Stellungsnahme der bayerischen Regierung, von der man besondere Treue zur republikanischen Staatsform ja nicht gewohnt war, ist die Haltung der Regierungsparteien zu beurteilen. Die Volkspartei ist scheint sich wenig darum zu kümmern, daß ihr Liebling mit der Monarchie zu einer Zeit, da Herr Stresemann, das geistige Haupt der Partei, als Vertreter der deutschen Republik nach London gehen soll, in den westlichen Staaten nicht gerade Vertrauen für Deutschland wecken kann. Immerhin war man auch von der Partei der deutschen Schwerindustrie nicht gerade verwöhnt. Einiges Stöhnen aber erregt die Haltung des Zentrums, das bisher ganz deutlich von der Republik abgerückt und zu den Stützen der Republik gehörte und jetzt in die Fußstapfen der Volkspartei tritt. Obwohl auch heute noch prominente Führer des Zentrums republikanischen Organisationen angehören, beteiligt sich die Partei selbst nicht an den großen Feiern der Demokraten und Sozialdemokraten. Der von Wirth geführte Flügel des Zentrums scheint von der Gruppe der Rechtsradikaler an die Wand gedrückt zu werden. Die Weimarer Verfassung wird bald nur noch von der Sozialdemokratie getragen werden. Um so wichtiger erscheint es, daß sich im Bund „Reichsbanner Schwarz-rot-gold“ ein Selbstschutzbund der Arbeiter gebildet hat, der nach wenigen Wochen seines Bestehens bereits ein Vielfaches der Mitgliederzahl der rechtsradikalen Verbände erreicht hat und die Veruche, die Republik durch einen Putsch zu stürzen, im Keime wird ersticken können. Gerade das Reichsbannerwesen der bürgerlichen Parteien wird die Arbeiterschaft die Gefahren erkennen lassen und diejenigen in die Reihen der Partei zurückführen, die dem Indifferentismus verfallen waren. Tatsächlich erstarkt die Sozialdemokratie von Tag zu Tag, während die Kommunisten und Völkischen besonders in Norddeutschland fortlaufend Verluste zu beklagen haben. Bald werden die Arbeiter allein die Republik zu schützen haben, aber abgeschlossen und frei von lästigen Bindungen nach rechts, würden sie es um so kräftiger tun können.

Täglich neue Balkanmorde.

Belgrad, 1. August. In der südslawisch-griechischen Grenze ist es gestern zu einem Zwischenfall gekommen. Als mehrere serbische Familien aus Griechenland über die Grenze nach Südbulgarien flüchten wollten, wurden sie von der griechischen Grenzgarde aufgehalten, wobei es zwischen den beiden Parteien zu einem Zusammenstoß kam, bei dem mehrere serbische Flüchtlinge getötet wurden. Die südslawische Regierung wird Schritte unternehmen, um Genehmigung von Griechenland zu erhalten.

Kommunisten verfolgt man, Hakenkreuzler läßt man laufen.

Stuttgart, 1. August. (Wolff.) Das Polizeipräsidium hat gestern und vorgestern in dem Parteibüro der kommunistischen Jugend und bei einzelnen Funktionären der Jugendorganisationen Plakate für die „rote Kampfwoche“ beschlagnahmt, in denen zum Eintritt in die rote Kampftruppe und zum Kampf für die proletarische Revolution aufgefordert wird. Wegen des Verdachtes der Vorbereitung zum Hochverrat sind drei Funktionäre der kommunistischen Jugend vorläufig festgenommen worden. Da aus der in der „Süddeutschen Arbeiterzeitung“ vom 29. und 30. Juli enthaltenen Einladung zu der für heute im Gewerkschaftshaus vorgesehenen Versammlung der kommunistischen Jugend hervorgeht, daß die beabsichtigte Aussprache auf den vorbestimmten Termin nicht stattfinden wird, wie die beschlagnahmten Plakate, wurde die Versammlung aus allgemeinen polizeilichen Gründen verboten.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Table with exchange rates for various currencies like Dollar, Swiss Franc, etc.

Prager Kurse am 1. August.

Table with market prices for gold, silver, and various currencies.

Tages-Meinungen.

Die Pflichten der Ueberlebenden.

In einem im Organ der französischen Gewerkschaften 'Le Peuple' erschienenen Artikel...

„Denn die Märtyrer in den Schützengräben wollen den Frieden und mehr noch als das Ende der Schächerei, die Errichtung eines Regimes, das den Krieg für immer unmöglich macht.“

„Mehr als je aber ist die Menschheit durch Konflikte entzweit. Alle Nationen beobachten sich gegenseitig mit lauernden und feindseligen Blicken...“

Deutschland und Frankreich trachten ungeduldet hier schweren wirtschaftlichen Krisen sich gegenseitig zu zerfleischen. Die Vereinigten Staaten und Japan bereiten sich vor, sich gegenseitig zu zermalmen.

„Unaufhörlich müssen wir in Erinnerung bringen, daß der Militarismus eine Schmach, das Soldatenhandwerk eine Vorbereitung für den Mord und jeder Mord ein Verbrechen ist.“

Wir müssen sagen, daß derjenige, der in Befolgung der Gesetze, aus Furcht vor Bestrafung Soldat wird, zweifellos auf alle milderen Umstände Anspruch hat, daß er aber nicht desto weniger eine wenig Achtung gebietende Handlung vollbringt.

Wir müssen sagen, daß die Arbeiter, die in den Kriegsindustrien tätig sind, in gleicher Weise sträflich sind; daß diejenigen, die Nordinstrumente fabrizieren, ebenso verwerfliche Handlungen begehen wie jene, die sie zum Töten gebrauchen.

Und wir müssen namentlich auf die Schule einzuwirken trachten, die mit ihrem engherzigen Patriotismus die nationalen Vorurteile großzieht und, indem sie die erfochtenen Schlachten mit einer Glorie umgibt, dazu beiträgt, den Haß zwischen den Völkern lebendig zu erhalten.

In diesem Kampfe werden und müssen wir siegen; denn unsere Niederlage wäre die Niederlage der Menschheit und der Gerechtigkeit, wäre der Untergang Europas, das, vom Völkerhaß und der Habgier vergiftet, bei lebendigem Leibe von einer Schar von Räubern ausgeplündert würde, um dem gleichen Schicksal zu verfallen, wie die grandiosen Zivilisationen des antiken Zeitalters.

In der Erinnerung an die furchtbaren Erfahrungen des Schützengrabens werden wir für die Einheit Europas streiten, um schließlich die Vereinigten Staaten des Weltinternationale zu verwirklichen, in der die brüderlich vereinigten Völker ihre Schicksale gemeinsam tragen und sich zur fruchtbarsten und verbindendsten Arbeit zusammenschließen werden.

Das neue Gesicht des Abgeordnetenpalais.

Im Palais des ehemaligen Rudolfinums ist gegenwärtig alles auf den Kopf gestellt. Sowohl im Parterre, wo sich der Sitzungssaal des Abgeordnetenhauses befindet, als auch in den Kellern, wo Herr Direktor Bomača die Geheimnisse der Küche bewahrt — überall ist alles voll abgefallener Mauerwerksteine und alles voll allerlei Arien von Baumaterialien.

Durch die neuen Adaptierungsarbeiten verschwindet vor allem die bekannte monumentale Orgel, deren Wert von Fachleuten auf 650.000 Kronen geschätzt wird und die dem Brünner Konservatorium abgetreten wird. Diese Arbeit erforderte nicht weniger als acht Tage, denn außer der Zerlegung und der Abräumung der mächtigen Holzkonstruktion mußten auch über 3000 Zinnpfosten in Holzbaumstoffe äußerst sorgsam verpackt werden.

Arbeiterchaft an diesem Tage lauten, es müsse dem „bornierten und brutalen“ Unternehmertum die Wahrheit des Spruches vor Augen geführt werden, welcher heißt: „Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will!“

Gegen diese mutwillig in die Reihen der Arbeiterchaft getragene Agitation nehmen die gefestigten industriellen Körperschaften die gleiche Stellung wie in den Vorjahren ein, sie erblicken in der Aufreizung der Arbeiter zum eigenmächtigen Freieren am ersten Mai eine schwere Gefahr für die Gestaltung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern und halten die Duldung dieses Contractbruchs, zu welchem ein großer Teil der Arbeiterchaft selbst terroristisch verleitet und gezwungen wird, als nicht minder bedenklich und am allerwenigsten geeignet, den sozialen Frieden zu fördern.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben überzeugend dargetan, daß die Vereinbarung der Industriellen eines größeren Gebietes in ihren Betrieben weder die teilweise noch die gänzliche Arbeitseinstellung am 1. Mai dulden und das eigenmächtige Freieren an diesem Tage als Lösung des Arbeitsverhältnisses ansehen und behandeln zu wollen, sowie die rechtzeitige Verlautbarung dieses Beschlusses das wirksamste Mittel ist, der Mai-Agitation unter der Arbeiterchaft Einhalt zu tun und dieselbe im Vorhinein als aussichtslos zu kennzeichnen.

Auch die Regierung — als Vertreterin des größten und bedeutendsten Arbeitgebers, nämlich des Staates — hat heuer wieder verfügt, daß die bei den Staatsbetrieben in Verwendung stehenden Arbeiter schon jetzt in geeigneter Weise darauf aufmerksam gemacht werden, daß sie auf eine Freiegebung des 1. Mai unter keinen Umständen rechnen können und daß im Falle eigenmächtiger Arbeitseinstellungen gegen die Schuldtragenden nach der vollen Strenge des Gesetzes bzw. der Dienstordnung vorgegangen werden würde.

eine Wand zu erheben, welche oben durch eine Holzeinfassung abgeschlossen wird. Hierbei wird für ein großes Wandbild Platz gelassen, welches erst in Zukunft gemalt werden wird und vorläufig zur Erhaltung der Akustik durch einen Vorhang ersetzt wird.

Die Büste des Präsidenten der Republik, welche bisher an den Sitz des Präsidenten Tomášek angehängt war, wird nunmehr freistehend. Zum Präsidentensitz werden vier besondere Gänge führen; die Sitze im Präsidium werden wie folgt neu verteilt: Zu beiden Seiten des Präsidenten die Vizepräsidenten, neben ihnen die Schriftführer. Eine Reihe tiefer sitzen die Präsidialbeamten und die führenden Funktionäre der Parlamentskorrespondenz und des Stenographenbüros. Vor diesen befindet sich die Rednertribüne, auf deren Seiten die Sitze der Berichterstatter. Unter der Rednertribüne steht der Tisch der Stenographen mit Plätzen für sechs Personen, an den Seiten noch zwei Tische für die Ordner des Stenographendienstes, neben diesen auf jeder Seite je fünf Sitze für die Ministerialbeamten. Ganz vorn befindet sich, so wie bisher, die Ministerbank mit 19 Sitzen für die Mitglieder der Regierung.

Hinter dem Präsidium werden zwei kleine Büros errichtet; eines ist bestimmt für die Beratungen des Präsidiums, das zweite für die Beamten des Abgeordnetenhauses für den Fall, als irgend eine rasche Maßnahme notwendig wird. Sonst kommt es im Beratungssaal zu keinen weiteren Änderungen.

Die Adaptionsarbeiten waren mit nicht geringen technischen Schwierigkeiten verbunden. Man mußte vor allem die Traverfen wegräumen, auf denen die Orgel ruhe, auch mußten für die neu errichtete Wand Eisenbetonpfeiler errichtet werden. Ursprünglich bestand der Plan, eine Betondecke zu errichten; aber da in diesem Falle die Arbeiten am 1. September nicht abgeschlossen sein könnten, mußte man sich mit einer Holzdecke begnügen. Bei den Adaptierungsarbeiten, die Tag und Nacht fortgesetzt werden, sind dreißig Maurer, achtzehn Monteure und sechs Tischler beschäftigt. (Nar. Pol.)

Die tschechoslowakische Kirche. Die tschechoslowakische Kirche, die im Jahre ihrer Gründung (1921) sechshunderttausend Anhänger zählte, ist jetzt bereits bei einer Million Anhänger angelangt. Bedeutungsvoller als diese Zunahme ist die Entwicklung, welche die Kirche in ihrem Inneren durchgemacht hat. Die vierzig katholischen Geistlichen, welche die tschechoslowakische Kirche gründeten, beabsichtigten ursprünglich keine Trennung von Rom. Sie verlangten vom Papste nur gewisse Zugeständnisse: das Tschechische als liturgische Sprache, freiwilliges Zölibat und Teilnahme der Laien an der kirchlichen Verwaltung. Erst als der Papst ihre Forderungen ablehnte, beriefen sie für den 9. Jänner 1921 ein Konzil ein, das den Anschluß an die serbische orthodoxe Kirche beschloß. Der erste Bischof der „tschechoslowakischen orthodoxen Kirche“ wurde der Kremsierer Geistliche Pabst Gorazd. Er ist in Belgrad zum Bischof geweiht worden. In den wenigen Jahren ihres Bestehens hat die tschechoslowakische Kirche sich gründlich gewandelt. Der Vorkämpfer dieser Umwandlung ist der ehemalige katholische Geistliche Dr. Karásky. Er und seine Anhänger verwerfen die Sakramente und die Weihe der kirchlichen Funktionäre, sie lassen die Bibel nicht als göttliche Offenbarung gelten und suchen aus der Kirche eine freie Religionsgemeinschaft zu machen. Ihr Christentum fußt auf den Anschauungen von Hus, sie treten für die Trennung von Kirche und Staat ein und lehnen eine politische Betätigung der Kirche grundsätzlich ab. Die Richtung Karáskys steigt zuerst in Böhmen, dann auch in Mähren, wo die orthodoxe Richtung durch den Bischof Gorazd gestützt wurde. Vor wenigen Tagen haben

Die Vereinigung scheint überhaupt den Kampf gegen den 1. Mai zu einem ihrer Hauptprogramme gemacht zu haben, denn wir finden ein Zirkular vom 11. Mai 1923, in dem mitgeteilt wird, daß die Arbeiterchaft der Firma Gahler und Hüner in Machendorf nach der „eigenwilligen Arbeitseinstellung am 1. Mai“ acht Tage ausgeperrt worden waren. Die Firma wollte dann gleichzeitig ein paar „Aufwiegler und Räbelsführer“ (diese herrliche Unternehmertumsterminologie für aufrechte Arbeiter finden wir dann in den Kriegsjahren fast in allen militärischen Erlässen) auf die Straße werfen, doch die übrigen Arbeiter erklärten sich mit ihren Kollegen solidarisch und wollten die Arbeit erst wieder aufnehmen, wenn „sie sämtlich, ohne Ausnahme — auch die Räbelsführer und Aufwiegler inbegriffen — aufgenommen würden. Da die Firma das verweigerte, suchten sie nun durch Abhaltung fremden Zuzuges dieselbe zu schädigen und zur Bewilligung ihrer Forderungen zu zwingen. Diesem Vorgehen gegenüber ersucht es am Platze, daß auch die Arbeitgeber geschlossen vorgehen und die folgende genannten Arbeiter auch nach Ablauf von sechs Wochen nicht aufnehmen.“

Im gleichen Zirkular wird auf ähnliche Vorkommnisse in Raibartberg und noch bei einer Reichenberger Firma verwiesen und ebenfalls eine Liste von Arbeitern veröffentlicht, die nicht aufgenommen werden dürfen.

Die Zeiten haben sich etwas geändert. Der Staat als der mächtigste Arbeitgeber hat den ersten Mai gar zum Staatsfeiertag erhoben, die Aemter erweisen ihm die Reueren, indem sie an diesem Tage klagen. Doch schon regen sich wieder Unternehmer, die gerne den Weltfeiertag beiseite wüssten, denen es nicht paßt, daß sie einen Tag im Jahre sich von den Arbeitern abtrennen lassen müssen. Die Dokumente im „Haus der Arbeit“ sind Warnungszeichen, an denen kein denkender Arbeiter achlos vorbeigehen sollte.

bei einer Wahl von 94 von 95 Gemeinden Dr. Karásky zum Patriarchen der tschechoslowakischen Kirche gewählt. Daraufhin ist Gorazd zurückgetreten. Die neureformierte Kirche hat für den 30. August ein Konzil nach Prag einberufen, das ihre endgültige Form beschließen soll.

Rachspiel zum Boeranprozeß. Von der Brünner Staatsanwaltschaft wurde dieser Tage den Advokaten Dr. Goller und Dr. Buchta die Anklage nach Paragraph 212 des St. G. zugestellt. Der Paragraph bezieht sich auf die Begünstigung von Verbrechern. Bekanntlich haben die beiden Advokaten die Verteidigung des ehemaligen Abgeordneten Boeran geführt.

Ein fleischender Grubenhund in der „Deutschen Landpost“. Die „Deutsche Landpost“, allzeit tüchtig, unterrichtet ihre Leser über folgende neueste technische Erfindung:

Eine Maschine, die spricht. Es wird jetzt viel in Amerika über die Erfindung des Gelehrten Dr. Howard Fletcher gesprochen, dem es (also was fleischt er denn? d. Red.) gelungen ist, eine Maschine zu konstruieren, die sprechen kann. Der Erfinder, ein angesehener und in Fachkreisen (a la „Landpost“ d. Red.) sehr geschätzter Elektriker, hielt in der Elektrischen Gesellschaft in New York kürzlich über seinen künstlichen Sprechhomunkulus einen Vortrag, in dem er die Maschine erklärte und darlegte, daß sie durch Vermittlung eines eigenartigen Systems von schillierenden Vakuumröhren Tonbilder von Vokalen und Konsonanten nach Belieben des Operateurs hervorbringen könne, die sich zu Worten fügen. Dr. Fletcher und seine Assistenten arbeiteten seit Jahren an dieser seltsamen Maschine, die auf äußerst interessanten wissenschaftlichen Grundlagen beruht und deren Aufbau eine ungeheure Summe wissenschaftlicher vielseitiger Arbeit verlorpert. Der Erfinder mußte vorerst die physikalische Natur der menschlichen Sprache in allen Einzelheiten untersuchen und das Wesen des Tones überhaupt feststellen, das weiteren alle Einzelheiten der Uebertragung der Töne durch Elektrizität und der sich hier darbietenden Möglichkeiten studieren. In seinem fesselnden Vortrag führte Dr. Fletcher aus, daß jeder Vokalant der menschlichen Sprache aus zwei fundamentalen „Frequenzen“ oder Höhenlagen besteht. Durch die gleichzeitige Hervorbringung dieser beiden Frequenzen wurde es ihm möglich, die betreffenden Vokale künstlich ertönen zu lassen. Die ersten Worte, die Doktor Fletcher auf diese Art seiner unheimlichen Maschine nach jahrelangen mühevollen Versuchen zu entlocken vermochte, waren „Mama“ und „Papa“, und keine liebevolle Mutter, kein väterlicher Vater hat jemals diesem ersten Vallen eines geliebten Erstgeborenen mit größerem Entzücken und liebevollerer Zärtlichkeit gehorcht, als der Vater dieses aus Röhren, elektrischen Spulen, Sirenen und Sämen gebildeten maschinellen Pabys.

Wie wir erfahren, hat der eiserne Homunkulus inzwischen neue Fortschritte gemacht. Der Herr rast jetzt schon ganz deutlich: „Landpost, Landpost!“ und dazu lehrt jetzt der Herr Fletcher die Maschine folgendes sagen: „Dem dummen Mann kann man alles aufbinden.“

Das „Haus der Arbeit“ wurde in der Zeit vom 23. bis zum 27. ds. von insgesamt 1367 Personen besucht, und zwar am 23. von 23, am 24. von 101, am 25. von 166, am 26. von 125 und am 27. von 952 Personen. Von den Besuchern waren 845 Organisierte, 344 Unorganisierte und 178 Jugendliche.

Typhus im sächsischen Erzgebirge. In Zschöck im Erzgebirge sind mehrere Bewohner an Typhus erkrankt. Ganze Häuser müssen gesperrt werden, um eine Weiterverbreitung der Krankheit zu verhindern. Der Typhus in dieser Form wie er hier auftritt, ist eine Folge von Unterernährung, tritt epidemisch auf und endet häufig mit dem Tode. Die Bevölkerung des angrenzenden böhmischen Erzgebirges, die in der Lebenshaltung schon vor dem Kriege auf der niedrigeren Stufe stand, ist bis jetzt glücklicherweise von dieser Krankheit verschont geblieben. Die jetzt in der Nähe der Grenze festgestellten Typhusfälle zeigen am besten, welchen Höhepunkt die Glendtslage der Erzgebirgler erreicht hat. Die erforderlichen Vorsichtsmaßregeln wurden ergriffen, um eine Weiterverbreitung und Verschleppung über die Grenze zu uns möglichst zu verhindern.

Wesentliches Radiokonzert. Gestern um 20 Uhr 14 Minuten wurden von der Radiostation in Abck Meldungen entfaßt, welche durch das am Balkon der „Nar. Politika“ auf dem Wenzelsplatz in Prag angebrachte Ampersystem Marconis so stark reproduziert wurden, daß sie auf dem ganzen Platze, sowie in den umliegenden Gassen gehört werden konnten. Der Verstärker wurde von der Weltausstellung in Wembley mitgebracht, wo er zur Information von mehr als 60.000 Besuchern verwendet worden war.

Streikzüge durch das „Haus der Arbeit“.

IX.

Der Kampf um den 1. Mai.

Wenn heute unsere Genossen an den Demonstrationen am 1. Mai teilnehmen, ihren Feiertag feiern dürfen, ohne die geringsten Schwierigkeiten dabei zu haben, dann sollten sie nicht vergessen, daß dieser heutige Staatsfeiertag den herrschenden Klassen erst in mühevollen Kämpfen abgerungen werden mußte. „Das Haus der Arbeit“ bringt eine Reihe von Dokumenten aus der D-Demokrat der sozialistischen Bewegung, da um die Anerkennung des 1. Mai große Kämpfe zu führen waren, die führen, die am 1. Mai trotzdem von der D-Demokratie regiert, verfocht, in ihrer Existenz bedroht wurden.

Der Textilarbeiterverband hat eine sehr schätzenswerte Sammlung von Dokumenten beigebracht, die jeder Gewerkschafter und jeder Arbeiter eingehend studieren sollte. Die „Vereinigung zur Wahrung industrieller und gewerblicher Interessen für Reichenberg u. Umgebung“ erließen unter Zahl 205 am 15. April 1899 ein Zirkular an ihre Mitgliedsfirmen, in dem es u. a. hieß:

„Die sozialdemokratische Parteivertretung fordert heuer die Arbeiter wiederum zur Feier des ersten Mai und zur Arbeitseinstellung an diesem Tage auf... Insbesondere wird von der sozialdemokratischen Organisation auch deshalb große Hoffnung auf einen durchschlagenden Erfolg der Arbeiterchaft am heutigen 1. Mai gesetzt, weil derselbe auf einen Montag trifft.“

„Daraus mit dem ständigen Arbeitstag“ müsse die Lösung der unterdrückten und geknechteten

Neue Aufgaben der Gewerkschaften.

Gewerkschaft und Wirtschaft.

Von Franz Lill (Wien).

Der Machtzuwachs, den die Arbeiterklasse nach dem Zusammenbruch des Krieges in den einzelnen Ländern politisch und wirtschaftlich erobert hat, schuf für die gewerkschaftliche Bewegung eine eigenartige Lage. Nach einer furchtbar harten Zeit der Entbehrungen und der völligen Ohnmacht, zu der während des Krieges die Gewerkschaften verurteilt waren, hatte der plötzlich in einem so weiten Maße ausgeübte Einfluss der proletarischen Massen auf Staat und Wirtschaft zunächst die Wirkung, daß die Kämpfe um die Erhöhung der Lebenshaltung auf der ganzen Linie zu einer fast scheinbaren Erscheinung wurden. War die natürliche Triebkraft dafür einerseits in dem während des Krieges überall gesunkenen Lebensstandard und in der katastrophalen Geldentwertung der einzelnen Länder zu suchen, so wurde andererseits die gewerkschaftliche Bewegung auch infolge des starken Zuwachses an indifferenten Massen sehr stark radikal beeinflusst, bei denen der Drang, alle früheren Verhältnisse in einem Ansturm nachzuholen, psychologisch verständlich war. Nun konnten auch in der ersten Zeit der staatlichen Neuordnung fast überall ganz gewaltige wirtschaftliche Erfolge erobert werden, die mit dem politischen Machtzuwachs zusammen die proletarische Vormachtstellung befestigten und die sich schließlich auch in einem erhöhten proletarischen Selbstbewußtsein auswirkten, mit welchem die ganze Bewegung viel an lebendiger Schwungkraft gewonnen hat. Der ganz außerordentliche Aufschwung der Gewerkschaften nach dem Kriege ist daher vor allem das Resultat einer zumeist erfolgreichen Lohnpolitik, die vor allem vielfach wieder nur möglich ist, weil sowohl mit Rücksicht auf die geschwächte Widerstandskraft des Staates wie mit Rücksicht auf das nach dem Zusammenbruch verschüchterten Unternehmertum kaum mit ernstlichen Gegenkräften zu rechnen war.

Die Situation hat sich aber nun sehr wesentlich verändert, seitdem das Unternehmertum und die gesamte Bourgeoisie ihre Restaurierungsversuche mit besserem Erfolge unternommen haben. Der neu erwachte Widerstand gegen gewerkschaftliche und sozialpolitische Forderungen, der heute auf der ganzen Linie sichtbar wird und der zunächst in der Wiederinstandsetzung der Arbeitgeberorganisationen seinen Grund hat, wird durch die gestörte Weltwirtschaft für die Industrie verursacht worden und die in vielen Wirtschaftskruppen die Produktions- und Absatzverhältnisse noch immer sehr ungünstig beeinflussen. Wenn auch heute die verminderte Produktion, wie sie unmittelbar nach dem Kriege als Folge der geschwächten physischen und psychischen Leistungsfähigkeit eingetreten war, zumeist schon wieder ausgeglichen ist, so ist dennoch eine Reihe von Faktoren geblieben, die die Gütererzeugung und den Güteraustausch hemmen und der gesamte volkswirtschaftliche Apparat weist schwere Mängel auf, die die Betriebswirtschaft einzelne Industriegruppen und damit auch deren Rentabilität sehr ungünstig beeinflussen. Die Fragen, um die es sich dabei handelt und deren Lösung die Voraussetzung für eine geordnete Volkswirtschaft bildet, sind natürlich politische und wirtschaftlich-technischer Natur. Politisch ist einmal die staatliche Neuordnung von tief einschneidender Bedeutung und der Umstand, daß die neue staatliche Ordnung mit ihren Verträgen und Austauschbeziehungen kein organisch gewordenes Gebilde darstellt, hindert den volkswirtschaftlichen Aufschwung in fast allen Staaten, in denen zumeist noch in einer vollständig verkehrten Wirtschaftspolitik von sozialpolitischen prokratischen Maßnahmen und Verkehrsbeschränkungen das Uebel noch vergrößert wird. Je mehr sich über diese kapitalistische Politik als unzulänglich erweist, die schleichende Weltkrise zu überwinden und je weiter sie sich in die Auffassung der Vorkriegszeit vertritt, die die Konkurrenzfähigkeit des einen Staates auf Kosten des anderen sicherstellen will, desto schwieriger wird zugleich die Lage der Arbeiterklasse vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus, weil die Krise nur verschärft und die gewerkschaftlichen Kampfmöglichkeiten vermindert werden.

Damit gewinnen aber auch die reinen Wirtschaftsforderungen, die man früher nur vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus betrachten gewohnt war, politische Bedeutung, weil die Bedingungen und Voraussetzungen, unter denen eine gewerkschaftliche Aktion geführt werden muß, für den Erfolg entscheidend sein können. Alle Fragen der Zoll- und Handelspolitik und der Einteilung und Ordnung staatlicher Wirtschaftsgebiete sind, weil sie die Lebensfähigkeit und die Entwicklungsmöglichkeiten der Industrie berühren, vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus vom höchsten Interesse und es wäre heute, wo es sich um den Wiederaufbau einer zerstörten Weltwirtschaft handelt, eine wirtschaftsrechtliche und verhängnisvolle Illusion, für sogenannte unpolitische Gewerkschaften einzutreten, anstatt immer wieder zu

zeigen, daß alle praktische Gewerkschaftspolitik in die großen weltwirtschaftlichen Fragen verflochten und durch sie bedingt ist.

Die Erkenntnis, daß die Arbeiterklasse an der industriellen Entwicklung und an allem wirtschaftlichen Erfolgsmöglichkeiten interessiert ist, weil davon ihre gewerkschaftlichen Kampfbedingungen berührt werden, führt daher auch notwendig noch zu einer zweiten wichtigen Frage, zu dem betriebswirtschaftlichen Problem, das heute schon in der praktischen Betätigung mancher Gewerkschaften eine große Rolle spielt. Schon die Tatsache, daß heute die Unternehmer und ihre Verbände, die für den sozialen Wiederaufbau als notwendig erkannte Produktionssteigerung nur auf dem Wege des Raubbaus an der Arbeitskraft, durch Wegnahme des Achtstundentages und der sozialpolitischen Erzeugnisse erzielen möchten, zwingt die Gewerkschaften, den betriebswirtschaftlichen Problemen die vollste Aufmerksamkeit zu schenken. Der Internationale Gewerkschaftskongress, der in seiner jüngsten gegen den Ansturm auf den Achtstundentag gerichteten Erklärung in der Frage der Produktionssteigerung ein technisches, ein moralisches und ein soziales Problem erblickt, hat damit zugleich die Richtung gewiesen, in der von den Gewerkschaften bei der praktischen Lösung der betriebswirtschaftlichen Frage mitgewirkt werden muß. Diese Mitwirkung der Gewerkschaften wird auch schon deshalb zu einem zwingenden Gebot, weil der industrielle Kapitalismus noch lange nicht alle Möglichkeiten zu besseren Wirtschaftserfolgen erschöpft hat und die Entwicklung, die sich in raschem Tempo vollzieht, drängt immer mehr zu neuen Formen der betriebswirtschaftlichen Organisation. „Die Produktivität der Arbeit bleibt“, wie Dr. Varga in seinem Buche über die wirtschaftspolitischen Probleme der Rätediktatur mit Recht sagt, „in der kapitalistischen Produktionsweise stark unter dem theoretisch erreichbaren Maximum“, weil eben Zeit und Kraft vielfach nutzlos verschwendet werden. Die Produktivität dieser Leistung nähert sich aber dieser theoretisch erreichbaren Grenze immer mehr, je weiter die Organisation der Betriebe über ihre privatkapitalistische Form hinauswächst und in der Zusammenfassung größerer, einzelbetrieblicher Betriebe und Industriegruppen für die vergesellschaftliche Form reif wird. Es ist hier nicht allein die leichtere Möglichkeit durch technische Neuerungen und Vervollkommnungen die Wirtschaft zu verbessern, auch die Frage der inneren Organisation der Arbeit, die in das Problem mündet, wie durch eine richtige sozialpsychologische Auslese und Verwendung ohne gesundheitliche Schädigung des einzelnen Arbeiters der höchste Nutzeffekt erzielt werden kann, wird nur auf diesem Wege und unter solchen Voraussetzungen gelöst werden können.

Zusammenfassend ist es also die neue Wirtschaft, in der die Gewerkschaften vor neue und schwierige Probleme gestellt werden und die außerhalb des bisherigen Betätigungsfeldes, der Mitwirkung an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu suchen sind. Die neue weltwirtschaftliche Ordnung und die neuen Formen, zu denen die Entwicklung der kapitalistischen Produktion drängt, bedeuten für die gewerkschaftliche Praxis ein Neuland, auf dem viel und ersprießliche Arbeit geleistet werden kann. Es gilt dabei nicht bloß, zu verhindern, daß bei der Neuordnung und bei dem Wiederaufbau die Arbeiterklasse geschädigt wird, es gilt auch, eine neue Organisation der Arbeit und eine planvolle Wirtschaft vorzubereiten, die den sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse erleichtert und ihren Kämpfen die Möglichkeit von Erfolgen sichert.

Zur Geschichte des Arbeiterurlaubes.

Der Urlaub für Beamte in Staats-, Landes-, Kreis- und Gemeindeverwaltungen ist bereits eine sehr alte Einrichtung. Auch leitenden Beamten in großen Industrieunternehmen, in Banken und dergleichen wurde schon seit langem ein regelmäßiger Sommerurlaub zugestanden. Dagegen blieb sonst der Urlaub in Privatbetrieben für „niedere“ Angestellte und erst recht für Arbeiter so gut wie unbekannt. Nur in England war Angestellten sowohl wie Arbeitern, namentlich in größeren Betrieben, schon seit Jahrzehnten recht häufig ein Sommerurlaub zugestanden worden. Schon seit vier und fünf Jahrzehnten liegen während der Sommerzeit in England große Betriebe gänzlich still, weil sämtliche Angestellte und Arbeiter gleichzeitig Urlaub haben. Auf die schon seit längerer Zeit bestehende Einrichtung des Sommerurlaubes in England ist es wohl auch zurückzuführen, daß sich dort die Arbeiter und Angestellten Einrichtungen geschaffen haben, die eine bessere Ausnutzung des Sommerurlaubes ermöglichen. Die englischen Arbeiter haben sich nämlich häufig Ferienklassen geschaffen, zu denen bei jeder Lohnzahlung Beiträge geleistet werden. Mit diesem aufgesparten Geld haben englische Arbeiter nicht selten Reisen unternommen, die bis nach Frankreich, Dänemark, Deutschland und nach den südlichen Staaten führten.

Außerhalb Englands kam der Arbeiter- und Angestelltenurlaub etwa um die Wende dieses Jahrhunderts auf, zunächst allerdings nur sehr vereinzelt. Als erste, denen in der deutschen Arbeiterbevölkerung ein Sommerurlaub zugestanden wurde, können die Buchdrucker, Brauer, Gemeindegewerkschafter und Privatangestellte angesehen werden. Wie langsam es aber damit vorwärts ging, zeigt die Tatsache, daß im Jahre 1904 erst in 19 deutschen Städten ein Urlaub für Gemeindegewerkschafter bestand. Im Jahre 1912 bestand ein Urlaub für Gemeindegewerkschafter bereits in 264 deutschen Gemeinden. Heute ist natürlich diese Zahl längst überholt. Nach und nach verbreitete sich der Sommerurlaub noch weiter aus, namentlich unter den Angestellten. Eine Regelung über den Sommerurlaub wurde auch vor dem Kriege schon vielfach in den Tarifverträgen getroffen. Doch blieb die Zahl der Arbeiter, denen ein Sommerurlaub zugestanden war, bis zum Kriege noch verhältnismäßig gering. Während des Krieges wurde häufig gar kein Urlaub oder nur ein verkürzter gewährt. Nach der Revolution konnten sich die Arbeiter und Angestellten recht häufig auch dort einen Sommerurlaub erkämpfen, wo er bis dahin noch nicht zugestanden war. Trozdem dieser Urlaub vielfach noch recht unzulänglich war, sucht die soziale Reaktion seit zwei Jahren auch gegen diese Einrichtung Sturm zu laufen. Vielfach herrscht unter den Unternehmern schon wieder jener Geist des Rückschritts, den so mancher Ausbeuter mit den Worten zum Ausdruck brachte, daß Leute, die mechanische Arbeiten verrichten, überhaupt keinen Urlaub brauchen.

Gesetlich geregelt ist der Arbeiter- und Angestelltenurlaub bisher nur in einem einzigen Lande, nämlich in Oesterreich. Das österreichische Arbeiterurlaubsgesetz ist datiert vom 30. Juli 1919. Nach § 1 dieses Gesetzes ist jedem Arbeitnehmer im Jahre mindestens eine Woche Urlaub zu gewähren, wenn das Arbeitsverhältnis ein Jahr gedauert hat und zwei Wochen bei einer fünfjährigen Dauer. Jugendlichen Arbeitern ist schon nach einjähriger Beschäftigungsdauer ein Urlaub von zwei Wochen zugestanden. Der Anspruch auf Urlaub steht nach § 2 dieses Gesetzes allen Arbeitnehmern zu, die in Betrieben beschäftigt sind, die den Vorschriften der Gewerbeordnung unterliegen, allen Arbeitnehmern in Unternehmungen, die vom Staate, von Gemeinden oder sonstigen öffentlichen Körperschaften betrieben werden, in allen Eisenbahn- und Dampfschiffahrtsunternehmen, in Unternehmungen öffentlicher Belustigungen und Schaustellungen, weiter im Bergbau. Diese gesetzlichen Ansprüche können durch Vereinbarungen weder beschränkt noch aufgehoben werden.

Die Gewerkschaftsinternationale an den allrussischen Gewerkschaftsrat.

In Ausführung der Beschlüsse des Internationalen Gewerkschaftskongresses in Wien und als Antwort auf ein Telegramm von Moskau an den Vorsitzenden dieses Kongresses wurde nachstehendes Schreiben an den All-Russischen Gewerkschaftsrat in Moskau gesandt:

Amsterdam, 16. Juli 1924. Kameraden. Der vom 2. bis 7. Juni 1924 in Wien versammelte ordentliche Kongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat sich neuerlich mit der Zulassung der russischen Gewerkschaften zum Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam beschäftigt und einstimmig folgende Resolution angenommen:

Nach Kenntnisnahme des Berichtes über die Unterhandlungen zwischen dem Büro und dem All-Russischen Gewerkschaftsrat spricht der Kongress sein Bedauern darüber aus, daß die russischen Gewerkschaften infolge ihrer Weigerung, die von den autorisierten Vertretern der bedeutendsten Gewerkschaften der ganzen Welt anerkannten Statuten und Verfassungsbestimmungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes anzuerkennen, noch immer dem I. G. B. fernbleiben.

Der Kongress empfiehlt dem Büro insoweit es möglich sein wird, ohne die Würde des I. G. B. zu verletzen, seine Bemühungen fortzusetzen, um die Einverleibung der russischen Gewerkschaften auf Grund der Statuten und Bestimmungen des I. G. B. in die Internationale Gewerkschaftsbewegung herbeizuführen.

Der Vorstand des I. G. B., der am 15. Juli 1924 in Amsterdam zu einer Beratung zusammentrat, hat im Hinblick auf das vom All-Russischen Gewerkschaftsrat an den Vorsitzenden des Wiener Kongresses gerichtete Telegramm beschlossen, Ihnen obige Resolution zu übermitteln. Es wäre uns angenehm von Ihnen zu erfahren, ob Sie geneigt sind, gemäß dem Wortlaut dieser Entschließung, mit dem I. G. B. in Unterhandlungen einzutreten.

Im Falle Ihrer Zustimmung würden wir eine Zusammenkunft vorschlagen und hierfür die Abordnung einer Delegation von höchstens sechs Personen seitens des All-Russischen Gewerkschaftsrates empfehlen.

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes:

A. A. Burrell, Vorsitzender.
J. Dudgeon, Sekretär.

Die Verschmelzungsfrage in den amerikanischen Gewerkschaften.

Zeit vielen Jahren ist in Amerika die Frage der Verschmelzung der bestehenden Berufsverbände zu Industrieverbänden immer wieder diskutiert worden. Die Führer der A. F. of L. (des amerikanischen Gewerkschaftsbundes) und der meisten einzelnen Verbände innerhalb und außerhalb der A. F. of L. haben sich jedoch, mit verhältnismäßig wenigen Ausnahmen, ablehnend zur Bildung umfassender Industrieverbände gestellt. In jüngster Zeit wurde für den Verschmelzungsgegenstand besonders seitens der kommunistischen „Trade Union Educational League“ Propaganda gemacht. Deren Plan geht dahin, vierzehn große Industrieverbände zu schaffen, innerhalb welcher im allgemeinen die jetzt vorhandenen Organisationen als besondere Gruppen fortbestehen sollen. Um den Schwerkriegern zu begegnen, die sich daraus ergeben, daß Angehörige eines und desselben Berufes in verschiedenen Industrien beschäftigt sind, wären gewisse Industrieverbände in Abteilungen zu gliedern, so z. B. der Verband der Metallindustrie in eine Abteilung der in Eisenbahngewerkschaften beschäftigten Metallarbeiter und eine zweite Abteilung der übrigen Metallarbeiter. In Streitfragen und dergleichen hätte die erwähnte Abteilung gemeinsam mit dem Gesamtverband der Eisenbahner vorzugehen. Es ist immerhin bemerkenswert, daß zwei große Verbände, nämlich die Eisenbahn- und Dampfschiffsgewerkschaften und die Eisenbahnerbauarbeiter sich zugunsten dieses Verschmelzungsplanes ausgesprochen haben. Auf der letzten Jahreskonferenz der A. F. of L. (1923) wurden drei Anträge eingebracht, welche die Verschmelzung der Berufsverbände zu Industrieverbänden verlangten. Der Ausschuss, der die Anträge vorzubereiten hatte, verworfen, daß die Grundsätze auch für die Zukunft gelten sollen, welche die Konferenz zu Ceranton 1901 beschlossen hatte. Diese Beschlüsse, daß keine festen Regeln für die Abgrenzung der einzelnen Gewerkschaften aufgestellt werden können, daß es aber im Interesse der Gewerkschaftsbewegung liegt, wenn nahe verwandte Berufe den Zusammenschluß erwägen und wenn Bezirks- und Landesauschüsse gebildet werden, welchen Streitfragen zwischen verwandten Berufen zur Austragung zu überlassen sind. Der Bericht des Ausschusses wurde ohne Gegenstimmen angenommen.

Anfangs 1923 beschloß eine in Montreal (Kanada) stattgefundene Tagung von Vertretern der Eisenbahngewerkschaften die Einsetzung eines Ausschusses zur Förderung der Verschmelzungsfrage und die Einberufung einer Konferenz aller beteiligten Arbeiter zur Verhandlung über diese Frage. Die Konferenz wurde aber nicht abgehalten. Der Umstand, daß für den Gedanken der Industrieverbände in Amerika vor allem die Anhänger der Roten Gewerkschaftsinternationale eintreten, bedeutet tatsächlich eher ein Hindernis als eine Förderung seiner Verwirklichung. Den Nachteilen, welche sich aus dem Bestand von Berufsverbänden ergeben, sucht man nach wie vor durch Bildung gemeinsamer Vertretungskörperschaften verwandter Berufe zu begegnen. Zu diesen Körperschaften gehören die „Departements“ der Eisenbahner, Metallarbeiter und Bauarbeiter, die innerhalb der A. F. of L. gebildet wurden, dann die verschiedenen „Trades Councils“ für einzelne Städte sowie für größere geographische Gebiete.

Die mangelhafte Ausgleiche der Löhne an die Preise führt zur Wirtschaftskrise. Der neben allem bedeutendste englische Nationalökonom, Professor Pigou, untersucht die Tatsachen, die zu einer Wirtschaftskrise führen und stellt folgendes fest: In Zeiten einer Konjunktur sehen die Unternehmer ihre verfügbaren anderen Kapitalien rascher als zu gewöhnlichen Zeiten um und dehnen ihre Tätigkeit durch Bankkredite aus. Demzufolge steigen die Preise. Die Gehälter der Festbesoldeten steigen aber nicht, und die Löhne, wenn sie auch später der Preissteigerung folgen, hinken ihr doch nach! Das bedeutet, daß die Unternehmer zum Schaden der Festbesoldeten und — wenn auch in geringerem Maße — auch der Lohnempfänger einen Vorteil gewinnen. Dies verleitet sie zu weiteren günstigen Beurteilungen der Lage und zur übermäßigen Ausdehnung der Produktion, was im weiteren Verlaufe zur Krise führen muß. Gelingt es nicht, Methoden für die Angleichung der flauen und regen Wirtschaftsperioden zu entdecken, so muß man wenigstens trachten, die Gehälter und die Löhne den Preisveränderungen besser als bisher anzupassen.

Vorträge während der Mittagspause. In der Druckerei von Waterlow und Sons in London wurden im Monate Mai versuchsweise den Druckergewerkschaften während der Pause Vorträge gehalten. Die Vortragenden waren Lehrer der Dforder Universität. Die Vorträge fanden an Freitagen in einer benachbarten Halle statt und dauerten etwa 40 Minuten. Auch an den Freitagen im Juni wurden Vorträge gehalten. Behandelt wurden Kalkulationsfragen.

Unterföhlungen eines Offiziers. Leutnant Johann Kauderns von der Wirtschaftsabteilung des Brünner Infanterieregiments Nr. 43 wurde Domarsrog verhaftet. Durch verschiedene Unregelmäßigkeiten aufmerksam gemacht, wurde eine unerwartete Ueberprüfung der Kasse vorgenommen, die ein überraschendes Ergebnis zeigte. Die Inspektion, welche die Ueberprüfung vornahm, stellte einen Abgang von angeblich 20.000 Kronen fest, der auf das Konto des Offiziers zu setzen ist. Domarsrog ist erst seit 1922

Deutschnationale Jugendzählung. Das Kapitel „Deutschnationale Jugendzählung“ gehört mit zu den dunkelsten Erscheinungen deutschnationaler Arbeit. Um das eindeutig zu belegen, hat der Reichsführer der Bismarckjugend der Deutschnationalen Volkspartei, H. D. Siebeling, Hamburg, einen Erlaß an seine Schulbesohlenen herausgegeben. Ein Erlaß, der in Form und Inhalt noch dazu eine geradezu ungeheuerliche Bräufierung der gesamten übrigen Bevölkerung darstellt. Es heißt in ihm:

„Die Bismarckjugend der Deutschnationalen Volkspartei beteiligt sich nicht an den von der Regierung für den 3. August angeordneten Gedenkfeiern für die Gefallenen des Weltkrieges. Der Umstand, daß in Berlin bei dieser Gelegenheit Herr Ebert, einer der Führer der Dolchstoßpartei, sprechen wird, stempelt die Feiern eher zu einer Verhöhnung, als zu einer Ehrung unserer gefallenen Helden. Wir können das Andenken derer, die für Kaiser und Reich ihr Leben ließen, nur dann wahrhaft ehren, wenn schwarz-weiß-rote Fahnen flattern dürfen.“

Es wird allerdings bei den Gedenkfeiern niemand die Bismarckjugend — warum nicht Dinterjugend? — vermissen.

Was der Hiltfische Operettenumsturz gekostet hat. Der finanzielle Schaden, den der bairische Staat durch den Hitler-Bußsch erlitten hat, wird vom Finanzministerium wie folgt angegeben: 1. Kosten für Verwendung der Landes- und sonstigen Polizei 108.688 Goldmark; 2. für Sach- und Personenschäden (die zur Hälfte vom Reich, zu einem Drittel vom bairischen Staat und zu einem Sechstel von den Gemeinden zu tragen sind) wurden für Sachschäden 2000 Goldmark, für Personenschäden an einmaliger Abfindung 1894 Goldmark, für fortlaufende Renten 1040 Goldmark jährlich bezahlt. An Kosten für die Hitler-Prozesse waren 41.752 Goldmark aufzuwenden; davon haben die Verurteilten 8633 Goldmark getragen. Die Kosten für Karmierung und Verwendung der Reichswehr fallen nach Auffassung der bairischen Regierung dem Reich zur Last.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ — ein Geheimbund. Das „Berliner Tageblatt“ meldet, daß auf Antrag der Staatsanwaltschaft Guben gegen die Ortsgruppe Gassen bei Guben des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“ ein Verbot wegen Geheimbündelei (!) erlassen worden ist. Die Verhandlung soll in Guben stattfinden. — Gleichzeitig klagt die deutschnationale Presse über den zu öffentlichen Charakter dieses „Geheimbundes“!

Das Chaos in Südbrasilien. Die brasilianische Regierung trifft Vorkehrungen, um eine Flucht der Aufständischen nach Süden zu verhindern, obwohl sich ihre Streitkräfte stark vermindert haben. Der General der Aufständischen, Lopez, konnte 6000 Mann zusammenbringen, die immerhin eine genügende Macht bilden, um eine ernste Gefahr darzustellen.

Das neue deutsche Geld. In der nächsten Zeit wird Deutschland neues Geld herausgeben. Die diesbezüglichen gesetzlichen Maßnahmen sind im Entwurf bereits fertiggestellt. Das wichtigste ist, daß den Bestimmungen des Sachverständigenplanes entsprechend, Deutschland wieder eine Goldwährung erhält. Das neue deutsche Geld setzt sich aus vier Gruppen zusammen: aus Goldmünzen, Reichsbanknoten, Silbermünzen und Kupfermünzen. Das alleinige gesetzliche Zahlungsmittel bleiben die Goldmünzen und die Reichsbanknoten. Die Goldmünzen zu 10 und 20 Mark sollen mit demselben Feingehalt wie früher hergestellt werden. Die alten Goldmünzen treten wieder als gesetzliches Zahlungsmittel in Kraft und werden den neuen gleichgestellt. Ob in absehbarer Zeit Goldmünzen geprägt und in den Verkehr kommen werden, scheint allerdings fraglich. Hinsichtlich der neuen Banknoten sind noch in kürzester Zeit gegenüber den ursprünglichen Bestimmungen des Dawes-Berichtes vom Organisationskomitee der Bank wesentliche Änderungen vorgenommen worden. Die Stüdelung der künftigen Banknoten geht bis auf zehn Mark herunter, während vor dem Kriege die kleinste Banknote auf zwanzig Mark lautete. Geld unter zehn Mark behält nur den Charakter einer Scheidemünze. Dieses Kleingeld zwischen einem Pfennig und fünf Mark wird wesentlich anders aussehen, als vor dem Kriege. Das Kleingeld wird vorläufig fehlen, ebenso das silberne fünfzig-Pfennig-Stück. Unter einer Mark wird es vorläufig nur Kupfergeld geben. Auch bei den Silbermünzen bleibt es im wesentlichen bei dem jetzigen Zustand. Auch sie werden künftig auf Reichsmark lauten und auch die Prägung von fünf-Mark-Stücken aus Silber ist wieder vorgesehen.

Schwarze Johannisbeeren als Gift. Nach einer Müttermeldung aus Koburg erkrankte in dem benachbarten Orte Effelde nach Genuß schwarzer Johannisbeeren eine Familie unter Vergiftungserscheinungen. Drei Kinder sind bereits der Vergiftung erlegen.

Feuerbrand in Saloniki. Saloniki wurde durch eine große Feuersbrunst heimgesucht. Das ganze Stadtviertel Bardara ist niedergebrannt. Mehrere Tabakfabriken sind vernichtet. Der Schaden beträgt viele Millionen Dollar.

Wirtschaftsamt, so daß er sich tüchtig anstrengen mußte, um die gesamte Summe beiseite zu bringen.

Dochwasser in den Alpen. Nach Meldungen aus dem bayerischen Hochwassergebiet sind im Gensbühlersee bereits Störungen entstanden. Auf der Strecke Wittenwald—Garmisch sind die Weleise unterpült. Die Verbindungsbrücke zwischen Bayern und Württemberg bei Illertissen ist durch das Hochwasser eingerissen worden. Auch die Telephon- und Telegraphenleitungen sind teilweise zerstört. Die Salzach ist unterhalb und oberhalb der Stadt Salzburg über die Ufer getreten und hat schweren Schaden angerichtet. Mehrere Personen sind in der Salzach ertrunken.

Kirchenabbruch in Warschau. In Warschau vollzieht sich seit einiger Zeit die Niederreißung der feineren auf Befehl der Jarengierung erdauten orthodoxen Kathedrale. Das langsame Tempo wird, wie der Ost-Express berichtet, mit den Schwierigkeiten erklärt, welche die Entfernung der zahlreichen Heiligenbilder und Reliquien bereiten, die einen hohen Kunstwert besitzen. Ueber ihre weitere Verwendung befindet eine besondere Künstlerkommission, zu der aber auch Vertreter der orthodoxen Kirche hinzugezogen werden. Die wertvollsten Materialien, die nach dem Abbruch verbleiben, wird der Staat übernehmen. Die Kunstwerke sollen teils in Museen und katholischen Kirchen untergebracht, teils der orthodoxen Kirche zurückgegeben werden. Es wird erwartet, daß die Kathedrale noch vor 1926 aus dem Stadtbilde Warschau verschwinden sein wird.

Ein Gespensterschiff. Ueber ein Gespensterschiff im Atlantischen Ozean übernimmt der Berliner „Kokalanzeiger“ aus dem „Paras M.A.“ einen Bericht, wonach ein französischer Passagierdampfer auf seiner Rückfahrt von New York im „Mittelatlantik“ einem Schiff begegnete, dessen Segel sämtlich aufgejagen waren, das jedoch selbst über die Hälfte gesunken war. Der Passagierdampfer umkreiste das Schiff bis zum Morgen, erhielt jedoch weder Antwort auf Signale, noch auf den Ruf. Als Matrosen an Bord gingen, fanden sie als einziges Lebewesen einen halbverhungerten Frostterrier, aber keine Spur eines menschlichen Wesens, auch kein Logbuch, noch sonst irgendwelche Schriftstücke. Die Rettungsboote waren unberührt. Das Schiff trug die Aufschrift „Parowiego“.

Der Feuerlöcher als Friedensstifter. Daß die Feuerlöcherapparate auch das Feuer des Temperaments zu löschen vermögen, beweist ein Vorfall, der sich jüngst in einer bayerischen Dorfgemeinde, unweit der württembergischen Grenze zutrug. Bei einer Fahrenwechse hatten sich die Gemüter einiger Teilnehmer in einer Wirtschaft so erhitzt, daß sie mit Häuten und Stuhlbeinen aufeinander losgingen. Der Wirt schickte nach dem Landjäger, der war aber in der anderen Wirtschaft des Ortes „unabkömmlich“. Da der Gastwirt selber nicht die Kraft besaß, die Kampfbühne auseinander zu bringen, so kam er auf einen originellen Gedanken, um Frieden zu stiften. Er holte aus dem Döhrn (Hausflur) den Feuerlöcherapparat, hielt ihn mit der Düse in ein Fenster der Wirtschaft und löste die Flamme. Die Kampfbühnen waren von dem kalten Wasserstrahl so überhäuft, daß sie voneinander abließen. Mit Hilfe einiger Festsetznehmer, denen die Hitze noch nicht ganz zu Kopf gestiegen war, gelang es nunmehr auch, das Feuer völlig zu löschen und die Ruhe wiederherzustellen. Die originelle Brandlöschung sprach sich weit und breit herum und die Folge davon war, daß sich die Wirte der Umgegend jetzt auch einen Feuerlöcher, „für alle vorkommenden Fälle“, gekauft haben.

Humor. (Königsbergiana.) Ein sehr sandaler Teutone verirrt sich eines Wintertages in Frühlingsopentanzveranstaltung auf den Königsberger Fischmarkt. Dort entdeckt sein umstörter Bild eine Fischfrau, auf dem Kohlentopf sitzend. (In Königsberg ist es üblich, daß sich die Marktfräulein an kalten Tagen zur Erwärmung einen eisernen Topf mit glühenden Kohleschlen mitnehmen.) Darüber verblüffert, gibt er seinem Wissensdrang nach: „Frauchen, wozu sitzen Sie eigentlich auf dem Topf?“ — Die Angeredete schreit ihn an: „Na, du dummliger Studentejung, — daß die nicht die Lung' (Zunge) ansteckt, wenn du mie önnu . . . lebst!“ — (Genealogische.) Unter den Vätern des Täufelings befand sich ein Genealoge. Er ließ sich die Gelegenheit nicht entgehen, sein Stedenwerk tüchtig zu nimmeln. Schwanz eine Rede, worin er sich ausführlich über Wert und Bedeutung der Familienforschung verbreitete. Und schloß mit den denkwürdigen Worten: „So wollen wir hoffen, daß der Familienstam in diesem Kinde rasch erstarke, und daß der Planet in es den Trieb lege, sein eigenes Geschlecht heiß zu haben, worin wir ja doch den Gipfel der Stillsichtigkeit zu erblicken haben.“

Wetterübersicht vom 1. August. Während des gestrigen Tages haben die Regenschälle im Westteil der Republik aufgehört. In Ostmähren und in der Slowakei wurden dagegen wieder erhebliche Niederschläge gemessen. Das Hochdruckgebiet hat sich vom Südwesten bis nach Osteuropa ausgebreitet. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Wechselnd bewölkt bis vorwiegend heiter, wärmer, schwach bis mäßige Winde westlicher Richtung.

kleine Chronik.

Der Bergriele Mount Everest.

Die jüngste englische Mount-Everest-Expedition ist bekanntlich gescheitert und zwei Mitglieder der Expedition haben dabei das Leben eingebüßt. Aber den Männern der Wissenschaft läßt dieses unerforschte Gebiet keine Ruhe und trotz aller Fährnisse haben sie es sich zum Ziele gemacht, den Mount Everest zu bestiegen. Wie Schweizer Blätter melden,

werden gegenwärtig, wie wir bereits kurz berichtet haben, in der französischen Schweiz Vorbereitungen für eine neue, aus Schweizern bestehende Expedition getroffen. Der Plan stammt von dem Schweizer Alpinisten Dr. J. Jacot-Guillarmod, der im Jahre 1902 den Mount Godwin bestieg und damals eine Refordhöhe von 7000 Meter erreicht hat. Im Jahre 1905 reiste der Gelehrte abermals nach Asien, um den dritthöchsten Himalajaberg, den Kanchenjunga in Nepal, zu bezwingen. Die neue Expedition, die im Frühjahr 1926 aufbrechen soll, soll aus den besten Schweizer Bergführern bestehen, von denen keiner älter als 35 Jahre sein darf. Die neue Expedition will den Transport der schweren Sauerstoffapparate vermeiden und die Mitglieder sollen mit kleinen Atzern ausgestattet werden, die komprimierten Sauerstoff enthalten, der nach Art von Morphiuminjektionen mittels Stochspritzen in den Oberschenkel injiziert werden soll, wenn die natürliche Atmung nicht mehr ausreicht. Das klingt allerdings sehr phantastisch. Auch sonst begegnet man diesem Plan mit mancherlei Zweifeln, denn die Bewilligung und Unterstützung durch die englische Regierung fehlt.

Die längste Wasserleitung der Erde. Die australischen Städte Coolgardie und Kalgoorlie, die in einer wasserlosen Einöde mit reichem Goldgehalt schnell emporgewachsen sind, erhalten ihr Gebrauchswasser von den in der Nähe der Küste befindlichen Darlingbergen durch eine Wasserleitung, die 580 Kilometer lang (eine Entfernung wie Berlin—Möln) ist. Im Gebirge wird das Wasser in einer großen Stauanlage gesammelt, 730 Meter hoch gehoben und dann durch eiserne Atzren, die offen auf dem Erdboden liegen, über Berg und Tal in einen Endbehälter bei Coolgardie geleitet. Die Pumparbeiten werden von 24 Dampfmaschinen versehen. Trotz der hohen Kosten, die die gesamte Anlage verschlang, ließ sich der Wasserpreis in letzter Zeit auf den 20. Teil des früheren Betrages senken.

Die glorifizierten Ferkel. Von einer tragikomischen Schmuggelgeschichte weiß die „Dürener Zeitung“ zu erzählen. In einer regnerischen und tiefdunklen Novembernacht fuhr lautlos ein Gefährt mit einer Ladung „glorifizierter Ferkel“ über einen abgelegenen Pfad des Raderner Waldes bei „Röppchen“. Mählich begann der Wagen zu hupen, und die Pferde rasten fort. Die Zollbeamten hatten, da sie bei dem trostlosen Wetter nicht Posten stehen wollten, den Weg vorher mit Tannenstammchen besetzt. Durch die Erschütterung wurden die Ferkelchen wieder munter und quiekten fröhlich darauf los, und das kurz vor der rettenden Grenze. Die Zollner eilten sofort herbei und nahmen den Fuhrmann mit seinem Transport fest. Jetzt wurde der schlaue Schmuggler ins Zuchthaus gesteckt, seinen Auftraggeber aber konnte man noch nicht ermitteln.

Gerichtssaal.

Bagnosträfling Mourey.

Todesurteil der Pariser Geschworenen.

Dieser Tage fand im Pariser Schourgerichtssaal ein Sträfungsleben von seltener Wildheit sein vorläufiges Ende. Die französische Presse beschäftigt sich während des Prozesses spaltenlang mit dem vor neun Jahren aus der französischen Strafkolonie Guyana entsprungenen Bagnosträfling Alphonse Mourey, der sich jetzt vor den Geschworenen wegen schweren Raubes zu verantworten hatte. Ueber die Vorgeschichte des Verbrechens muß folgendes vorausgeschickt werden:

Alphonse Mourey war vor dem Kriege wegen schwerer Diebstähle zur Abbüßung einer siebenjährigen Zuchthausstrafe nach Guyana deportiert worden, doch gelang es ihm im Jahre 1915 unbemerkt zu entkommen. Auf seiner Flucht kam er nach New York, wo er nach längerer Zeit mit gefälschten Papieren und Empfehlungsbrieffen bei einem reichen Bankier, namens Chattard, der mit Frau und Dienerschaft sein eigenes Privathotel bewohnte, als Kammerdiener Stellung fand. Bei der ersten sich darbietenden Gelegenheit stahl er Schmucksachen im Werte von 15.000 Dollar und verschwand aus New York. Alle Recherchen der Polizei blieben ergebnislos. Das war im September 1917. Zwei Jahre später tauchte er in Frankreich auf und lebte, ohne zu arbeiten, in Toulouse und Marseille. In letzterer Stadt machte er die Bekanntschaft zweier Gleichgesinnter Cruciani und Camilleri, mit denen er sich März 1921 in Havre nach New York einschiffte. Dort wurde beschlossen, den Bankier Chattard nochmals zu berauben, und das Verbrechertrio verband sich zu diesem Behufe mit einem vierten Banditen namens Bagnoli. Soweit die Vorgeschichte.

Das Verbrechen „Hände hoch“ selbst spielte sich wie folgt ab: Mit unglaublicher Kühnheit drangen die Banditen durch einen Schacht, der zur Abladung von Kohlen diente, am 2. April 1922 um 3 Uhr morgens in die Kellerräumlichkeiten des Hauses Chattards. Sie verbargen sich dort: erst gegen 1 Uhr nachmittags verließen sie ihr Versteck. Denn Mourey wußte von früher her, daß um diese Stunde die Diener (dreier Männer und fünf Frauen, in einem Parterreräum bei ihrem Mahl versammelt seien, während Herr und Frau Chattard bereits nach dem Speisen sich allein in ihren Gemächern befanden. Die vier Räuber, jeder mit einem Foulard maskiert, überfielen dann unter dem Ausrufe: „Hände hoch!“, mit vorgestreckten Revolvern und der Drohung, bei dem geringsten Lärm zu schießen, die acht Personen, die sich lautlos nach dem Weinteller führen ließen, wo Bagnoli und Camilleri zu ihrer Ueberwachung zurückgelassen wurden. Mourey und Cruciani besorgten das weitere. Herr Chattard lag arglos in seiner Bibliothek eine Zeitung, als die beiden maskierten Verbrecher ihn überraschten,

wehrlos machten und nach dem Weinteller schlepten. Einige Minuten später wurde Frau Chattard, die sich in einem anderen Gemach befand, von demselben Schicksal ereilt. Bagnoli und Cruciani bleiben immer noch als Wache zurück, während ihre beiden Genossen die Kästen plündern und Schmuckgegenstände im Werte von hunderttausend Dollar zusammenraffen. Dann laufen alle vier davon. Passanten und einem Portier in der Nähe fällt das Geschehen der Bande auf. Man verfolgt die verdächtigen Gesellen; es gelingt, Bagnoli und Cruciani festzunehmen. Mourey und Camilleri entkommen, werden aber von ihren Komplizen denunziert.

Die beiden letzteren kehren wieder nach Marseille zurück. Camilleri wird bald nachher verhaftet und ausgeliefert. Mourey, dem es glückt, sich in der Umgebung von Paris unter falschem Namen in Sicherheit zu bringen und den Schein der Ehrbarkeit zu geben, kann aber schließlich auch nicht den Detektiven entkommen, die ihm hart auf den Fersen sind. Der Verbrecher wird festgenommen und nach einjähriger Untersuchungshaft vor das Pariser Schwurgericht gebracht.

Die Verhandlung.

Nach dem Bericht Moureys über seine New Yorker Expedition werden die Zeugen verhört. Der bestohlene Bankier Chattard, der sich und die Seinen vor dem Erstickungstode im Weinkeller nur durch die Geistesgegenwart zu retten vermocht hatte, das besonders schwer zu öffnende Schloß durch Zerkleinerung der Schrauben mit seinem Taschmesser von der Tür zu lösen, hat trotz seiner 71 Jahre die Fahrt über den Ozean nicht gescheut, um gegen seinen ehemaligen Kammerdiener auszusagen.

Während der Verhandlung erregen einzelne interessante Momente besonderes Aufsehen. So stellte der Präsident aus den Akten fest, daß Mourey im Hause Chattard zur Zeit seiner Anstellung außerordentlich gut behandelt worden war. Da er einen schwachen Magen hatte, ließ ihm Frau Chattard besondere Speisen zubereiten und ihm täglich einen Liter Milch geben.

Auf die Frage des Präsidenten, ob er denn über seine Handlungsweise keine Gewissensbisse empfindet, antwortet Mourey mit leiser Stimme: „Ich bedauere meine schlechte Tat.“ Vor der Urteilsfällung wird noch der Gerichtsarzt vorgezogen. Advokat Kubepine, der den amerikanischen Bankier als Zivilpartei vertritt, teilt dem medizinischen Fachmann die auf Grund des Gerichtsverfahrens in New York erhobenen Dimensionen des engen Raumes mit, in dem das Ehepaar Chattard und die acht Diener eingesperrt wurden. Auf die Frage des Advokaten, ob die Ueberfallenen unter solchen Umständen in Lebensgefahr waren, gibt der Gerichtsarzt zu, daß ein rascher Erstickungstod unvermeidlich gewesen wäre, wenn es Chattard nicht geglückt wäre, das Schloß rechtzeitig loszulösen.

Das Verdict: Todesurteil.

Der öffentliche Ankläger forderte eine Verurteilung Moureys, und wies u. a. darauf hin, daß die zwei in New York festgenommenen Komplizen Moureys, Cruciani und Bagnoli, von dem amerikanischen Schourgericht zu 40 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden sind. Tatsächlich bejahen die Pariser Geschworenen alle Schuldfragen ohne Jubilation mildernde Umstände. Dies bedeutete daher die Todesstrafe.

Die Wirkung des harten Urteils war auf alle Anwesenden niedererschütternd. Im Auditorium ertönten Entrüstungskrufe. Der Verteidiger Campinchi setzt einen Irrtum der Jury voraus und beschwört den Gerichtshof, die Geschworenen nochmals in den Beratungssaal zu schicken. Indessen wird sein Wunsch nicht erfüllt und die Todesstrafe verkündigt. Die Erregung will aber nicht abklingen. Selbst Herr Chattard ist äußerst betroffen und erklärt: „Diese Strafe ist wirklich zu hart. Ich werde an den Präsidenten der französischen Republik schreiben.“ Auch der Verteidiger setzt den Geschworenen unablässig zu und erlangt schließlich die Versicherung, daß die Jury ein Gnadengesuch für Mourey einbringen wird.

Der Angeklagte nahm das Urteil äußerlich gefaßt entgegen.

Abpringen von der Straßenbahn.

Ist in Wien gerichtlich bestraft worden.

Die „Arbeiter-Zeitung“ meldet: Der Eisenbahner Wilhelm Wich ist in der Thaliastraße bei der Brühlgasse aus der fahrenden Straßenbahn abgesprungen. In diesem Augenblick fuhr ein Auto vorbei. Er blieb nach dem Abpringen auf der Straße stehen. Der Chauffeur, der weder gerechnet hatte daß jemand abspringe, noch weniger, daß jemand auf der Straße stehen bleiben werde, und deshalb hart an der Elektrischen fuhr, mußte nun das Auto rasch zur Seite reißen. Dadurch drehte sich das Auto um seine Achse und es waren die Insassen des Autos gefährdet. Wich war deshalb von dem Bezirksgericht Fünfhaus wegen Gefährdung der körperlichen Sicherheit der im Auto gewesenen Personen angeklagt. Er gab an, daß, als er das Auto herankommen sah, es schon zu spät gewesen sei, auf das Trottoir zu laufen, und darum sei er stehen geblieben. — Richter: Sie durften eben nicht abspringen. Jedes Kind kennt die Vorschrift: „Das Auf- und Abpringen während der Fahrt ist lebensgefährlich und daher verboten. Sie als Eisenbahner sollten das Verbot besonders kennen!“ — Angekl.: In meinem Dienst muß ich unzähligmale aus dem fahrenden Eisenbahnzug absteigen; es ist mir noch nie etwas passiert. — Richter: Im Dienst werden Sie wohl auch nicht die körperliche Sicherheit der anderen gefährden, indem Sie abspringen. — Der Angeklagte wurde zu dreißigtausend Kronen Geldstrafe verurteilt.

Mordversuch an der Geliebten.

Ein gewisser Josef Postulka aus Diechbau unterhielt mit der Anna Polorna seit längerer Zeit ein Liebesverhältnis, das die Eltern des Mädchens nicht dulden wollten, da Postulka sehr dem Alkohol huldigt und den größten Teil seines Einkommens vertrank. Die Polorna wurde von ihren Eltern ermahnt, daß es ihr nur zum Vorteil gereiche, wenn sie das Liebesverhältnis mit Postulka löse. Das Mädchen hatte aber den Vurschen sehr gern und glaubte die Macht zu besitzen, ihrem Geliebten das Laster abzugewöhnen. Sie bemühte sich deswegen sehr um ihn und ermahnte ihn wiederholt, das Trinken zu lassen; ihre Bemühungen waren aber ohne Erfolg. Postulka ließ vom Alkohol nicht ab und es kam daher zum Bruch.

Anna Polorna bestellte Postulka zu diesem Zwecke in die Nähe von Diechbau an der Bahnstrecke Troppan—Schönbrunn. Als sie ihm eröffnete, daß es unter den Umständen, wie er es treibe, nicht so weitergehen könne und ihr Verhältnis ein Ende haben müsse, zog Postulka plötzlich einen Revolver und

Schoß das Mädchen über den Haufen

sagte: „Wenn wir uns nicht lieben können, müssen wir zusammen sterben.“ Die Kugel drang dem Mädchen unterhalb des Halses in den Unterleib und es sank schwer verletzt zu Boden, während Postulka sich zum Gehen wandte. Die schwerverletzte Polorna stöhnte vor Schmerzen. Da sie noch lebte, wollte Postulka ganze Arbeit machen und sie töten. Das arme Mädchen stieß ihn an, er ließ ihr das Leben lassen, sie will ihn lieben und heiraten. Doch Postulka hatte kein Erbarmen. Wie eine wütende Bestie ging er neuerdings auf die Polorna zu, um sie zu ermorden. Dabei stürzte er in einen kleinen Graben, wobei ihm der Revolver aus der Hand und in die Nähe des Mädchens fiel. Die Unglückliche und Schwerverletzte raffte ihre ganzen Kräfte zusammen, um rufschend die Waffe zu erreichen. Das gelang ihr und sie warf den Revolver in den daneben befindlichen Teich. Als Postulka erwacht, sah, was er angerichtet hatte, stand er der Verletzten bei und schaffte Hilfe zur Stelle. Das Mädchen wurde in das Krankenhaus nach Troppan überführt, wo es wieder geheilt wurde.

Postulka hatte sich nun wegen schwerer Körperverletzung zu verantworten. Vor dem Strafgericht verantwortete sich der Angeklagte dahin, daß er gar nicht die Absicht hatte, dem Mädchen etwas anzutun. Er habe ihr vielmehr den ausgeborgten Revolver zeigen wollen, der dabei losging und sie traf.

Die als Zeugin erschienene Polorna bestätigte in vollem Umfange die Anklage und bemerkte, daß er sie in diehiesiger Weise wirklich ermordet hätte, wenn es ihr nicht gelungen wäre, den Revolver zu erreichen und diesen in das Wasser zu werfen.

Das Gericht sprach den Angeklagten der schweren Körperverletzung und der Uebertretung des Waffengesetzes schuldig und verurteilte ihn zu acht Monaten schweren Kerker/ unbeding.

Volkswirtschaft.

27. Internationaler Bergarbeiterkongress.

Montag, den 4. August um 10 Uhr wird in Prag im Schützeninselsaal der 27. internationale Bergarbeiterkongress eröffnet werden. Sonntag, den 3. August wird der Kongress einberufende Ausschuss des Internationalen Bergarbeiterverbandes, der seinen Sitz in London hat, zu einer Vorbereitungsversammlung zusammengetreten, um die erforderlichen Maßnahmen für den Kongress zu treffen. Die internationalen Kongresse der im Internationalen Bergarbeiterverband vereinigten Bergarbeiter finden alle zwei Jahre statt. Dieser Kongress ist der dritte nach dem Kriege. Im Internationalen Bergarbeiterverband in London sind 15 Staaten mit einer Zahl von über zwei Millionen gewerkschaftlich organisierter Bergarbeiter vertreten.

Auf der Tagesordnung des Kongresses befinden sich folgende Punkte: Die Arbeitszeit, Referent Coot (England); Bericht des Internationalen Ausschusses, Referent Dejardin (Belgien); Die Bergarbeiterversicherung, Referent Panisal (Frankreich); Lohnverträge, Referent De Latre (Belgien); Internationale Aktion, Referent Husemann (Deutschland); Bergarbeiterschutz und Bergwerksinspektion, Referent Prozik (Tschechoslowakei); Urlaube, Referent Adam (Polen); „Gegen die Kriege“, Referent Quentlin (Frankreich); Internationale Kohlenbewirtschaftung, Referent Hodges, (England).

Ferner wird die Wahl des Ausschusses des Internationalen Bergarbeiterverbandes vorgenommen und schließlich das Land, in welchem der nächste Kongress abgehalten werden wird, festgesetzt werden.

Nach den bisher eingelaugten Anmeldungen wird die Zahl der Teilnehmer an dem Kongresse eine große sein. Aus England sind 72 Teilnehmer angemeldet, aus Belgien 14, aus Frankreich 11 und aus Deutschland 14. Weiters werden sich die Vertreter Amerikas, Hollands, Oesterreichs, Polens,

Jugoslawiens, Spaniens, Ungarns, Luxemburgs u. a. einfinden. Die koalitierten Bergarbeiterverbände in der Tschechoslowakei werden 30 Delegierte zum Kongress entsenden.

Die internationale Regelung des Achttundentages.

Der sechsten Internationalen Konferenz der Arbeit wird im „Pueblo Libre“ von Eugen Stern ein Nachwort gewidmet, in dem die große Bedeutung dieser Konferenz für die Verteidigung der Interessen der Arbeiterschaft dargelegt wird. Der Verfasser weist darauf hin, daß der Präsident Masaryk im Vorjahre die politische Strömung in Europa in dem lapidaren Satze zusammenfaßte: „Europa geht nach links.“ Die englischen und französischen Wahlen haben dies bewiesen und die 6. Internationale Arbeitskonferenz hat es bestätigt. Die sozial-reaktionären Bestrebungen in Deutschland sind eine isolierte Erscheinung geblieben. Bei den Konferenzverhandlungen zeigte sich, daß die achtstündige Arbeitszeit überall die Mehrheit für sich hat, ja es sind sogar mehr Regierungsvertreter als Arbeitervertreter für ihre Beibehaltung eingetreten. Der Arbeitervertreter Jouhaux bezeichnete das Achttundengesetz als ein Gesetz der Emanzipation der Arbeiterschaft, also als einen Schritt auf dem Wege zur Unabhängigkeit. Der französische Arbeitsminister im Robinet-Parlament Gobard führte aus, daß die amtlichen Erhebungen ergaben, daß durch die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit in Frankreich sich sowohl die Kultur des Familienlebens als die körperliche und geistige Kultur der Arbeiterklasse gehoben habe. Die Zahl der Arbeitergärten ist seit 1919 um 45 Prozent gestiegen, der Alkoholverbrauch ist gesunken. Es gibt kaum mehr notorische Alkoholiker. Der Minister sagte wörtlich: „Der Alkoholismus ist viel weniger ein individuelles Verbrechen als ein soziales Uebel, das durch Ueberanstrengung und das Streben nach Sensationen umso stärker hervorgerufen wird, als die freie Zeit kürzer ist. Der Umwandlung, es sei die Produktivität gesunken, gegenüber erwidert der Minister: „Wir haben genaue auf trockenen Berechnungen aufgebaute Studien, die beweisen, daß überall, wo der Unternehmer sich der achtstündigen Arbeitszeit nicht nur unterwarf, sondern entschlossen, Arbeit und Kapital dem Rhythmus wirklicher acht Stunden widmete, eine Produktion erreicht wurde, die, aller Kräfteverschwendung ledig, ihn völlig befriedigte.“

Der deutsche Regierungsvertreter führte an, daß die Verlängerung der Arbeitszeit in Deutschland nur vorübergehenden Charakter habe und durch die dortigen außerordentlichen Verhältnisse aufgenötigt wurde.

Russische Bestellungen bei der Metallindustrie. Wie die „Tribuna“ meldet, laufen, wenn auch in kleinem Ausmaße, private Bestellungen aus Rußland bei der hiesigen Metallindustrie ein, besonders auf Stahlwaren. Die Lieferungen werden sofort bar bezahlt. Der Grund für die Vergebung der russischen Bestellungen in der Tschechoslowakei liegt in der Unterbrechung der deutsch-russischen Handelsbeziehungen.

Wirtschaftliche Zusammenbrüche auch in Deutschland. Für die außerordentlich ungünstige Wirtschaftslage in Deutschland ist es bezeichnend, daß die Konsums eine starke Zunahme erfahren. Im Juni sind nach einer Zusammenstellung einer wirtschaftlichen Zeitschrift 1185 Konkurse eröffnet worden gegen 595 im Juni und 17 im Juli des vorigen Jahres. Damit ist zum erstenmale die Konkurszahl der letzten Vorkriegsjahre von durchschnittlich 750 um mehr als die Hälfte überschritten worden. Unter den Konkursen des vorigen Monats befanden sich 75 Aktiengesellschaften.

Der Generalstreik in Polnisch-Oberschlesien. Die Bewegung dauert unvermindert an. Infolge Einstellung von Notstandsarbeiten wurden einige Gruben in Myslowitz überschwennt. Im Dombrowaer Industrieviertel entfallen die Kommunisten eine rege Tätigkeit zwecks Proklamierung eines Sympathiestreiks in diesem Revier. Das Streikkomitee hat die Arbeiterschaft aufgefordert, alles zu vermeiden, was zur Vernichtung der Arbeitsverhältnisse führen könnte. In Rattowitz fand eine Konferenz der Vorstehenden der Betriebsräte und der Delegierten der Arbeitergewerkschaften statt, in welcher darauf hingewiesen wurde, daß die Eisenbahner in Polnisch-Oberschlesien bereit wären, die Forderung der Arbeiterschaft nach einem Eisenbahnerstreik unterzügen. Gerücheweise verlautet, daß die Industriellen beschloffen haben, sogar im Falle der Wiederkehr der Arbeiter zu den Werkstätten in der Hüttenindustrie und im Bergbau die allgemeine Aussperrung zu verlaublichen. Ministerpräsident Grabozi erklärte gestern in Verantwortung einer Intervention der polnischen sozialistischen Partei, betreffs der Verlängerung der Arbeitszeit in Polnisch-Oberschlesien, der zehnstündige Arbeitstag sei nur für die Dauer von drei Monaten in den ober-schlesischen Hüttenwerken eingeführt worden. Die Regierung beabsichtigt nicht, diese Erhöhung der Arbeitszeit im ganzen Lande vorzunehmen. Sie war zu dieser Ausnahmeverfügung dadurch genötigt, weil Deutsch-Oberschlesien die zehnstündige Arbeit bereits vor sechs Monaten eingeführt hat. Die polnische Regierung hat gegen diesen Stand der Dinge in Deutschland beim Völkerbunde protestiert. Um aber eine Schließung der Werkstätten in Polen zu verhindern, war sie genötigt, die Arbeitsbedingungen gemäß den deutschen zu regeln. Polen wird, sobald die achtstündige Arbeitszeit in Deutsch-Oberschlesien eingeführt werden wird, gleichfalls sofort zu dieser Norm zurückkehren.

Die Parabel von den südseitigen Fenstern.

Von Safed, dem Weisen.

Es kam einst ein Mann zu mir, und er machte ein trauriges Gesicht und sagte: „O Safed, deine Worte der Weisheit sind allen Menschen bekannt, und deine Tugend, siehe, sie übersteigt noch deine Weisheit! Mögen deine Tage lange währen unter den Menschen.“

Und ich hörte ihn an und antwortete nicht. Denn ein Mensch, der mir mit ein bißchen zuviel Schmeicheleien und bergleichen Redereien daherkommt, ein solcher Mensch hat gewiß ein besonderes Anliegen. Und ich sagte ihm also: „Wenn du etwas von mir haben willst, sprich! Denn die Zeit vergeht!“

Und er sagte: „O Safed, ich habe einen Nachbarn und das ist ein ganz unausgeglichener Kerl. Sein Haus steht nördlich neben dem meinen und er belästigt mit ununterbrochenem Lärm meine Ruhe. Er und seine Kinder lärmten beständig und das stört uns sehr empfindlich. Und er hat auch Töchter und da kommen junge Leute zu ihnen, und dann sitzen sie bis spät in die Nacht auf der Veranda und lachen derartig, daß sie uns den Schlaf von den Augen und den Schlummer von den Augenlidern scheuchen! Ja, und wenn wir hinübersehen, dann sehen wir Dinge, die unsere rechtschaffenen Seelen beunruhigen!“

Und ich sagte: „Sind sie unmoralisch? Wenn dem so wäre, dann laußt du die Polizei rufen!“ Und er sagte: „Rein, das sind sie nicht, was du unmoralisch nennst, denn meine Frau hat sie durchs Fenster reichlich beobachtet: sie hat da einen ganz besonderen Platz, von wo aus sie beim Strümpfstopfen genau beobachten kann; aber die Leute machen aber einen solchen Spektakel, daß es einfach über die Hutchnur geht.“

Und ich sagte zu ihm: „Wie viele Fenster hat dein Haus?“

Und er antwortete: „Mein Haus steht im Geviert nach allen Seiten hin frei — Es hat Fenster nach Nord und Süd und Ost und West!“

Und ich sagte zu ihm: „Uebersiedle nach der Südseite — du wirst dann mehr Schlaf und Sonne haben! Ja, und sage deiner Frau, sie möge die Strümpfe dort stopfen, wo sie weniger beobachten kann!“

Und der Mann ging zornig davon.

Aber ich zählte, was ich getan hatte, zu meinen guten Taten. Und ich sann darüber nach und sagte mir, daß es viele Menschen gebe, die auf der Nordseite ihrer Seelen leben. Ja, sie schuchen dem Schicksal, weil sie den Lärm des Lebens hören und sie sind traurig. Aber siehe, die südseitigen Fenster ihrer Seele sind nicht geöffnet.

Schälerkündchen.

Von E. L. Schmargendorfer.

Es regnet, langsam, unaufhörlich. Auf dem Fehrdamm spritzt das Wasser unter den bellenden Automobilen und dem seltsamen, heranklappernden Trab müder Pferde. In den Wasserreihen gurgelt es von dem Dächern. Die Luft dampft im kalten Atem des Novemberabends. Auf den Gummimanteln der beiden Hamburger Polizisten, die wie zwei Bildsäulen drüben am Robis-Tor stehen, glänzt im Laternenlicht die Feuchte. Es regnet hoffnungslos.

Die breite Pendeltür des verächtlichen Lokales „Zum Leuchtturm“ öffnet sich immer wieder; jedesmal gleitet ein Lichtschein über die nassen Pflegen des Bürgersteiges, dringt Stimmengewirr und der dröhnende Lärm eines rasenden Orchesters in den Regenabend hinaus. Vom nahen Hafen her heulen die Sirenen, die hellen, schrillen der Schlepper und Fährdampfer, dazwischen die brunnenden Wäße der Dampfer. Sie vermengen sich mit dem Lärm aus der Kneipe und dem Orchester zu einer egoistischen Musik.

Im „Leuchtturm“ ist es schwarz von Menschen. Kerle mit gefährlichen Apachen Gesichtern und schneidenden Ballonmützen, Dirnen in faden-scheiniger Eleganz oder in verkommenen Kleidern, alte und junge mit scharfen Zügen, blaß vor Hunger oder Schminke; dazwischen Bauernjungen vom Lande, neugierige, listerne Bürger, Matrosen jeder Nation mit der Schappelfeife und dem langsam-wiegenden Gang des Seefahrers.

An einem der schmutzigen, ungedeckten Tische flingt helles Kreischen. Die „Danziger Frieda“ sitzt dort mit drei ausländischen Zeccuten. Sie laubervollst ein schreckliches Englisch, lacht über sich selbst und zeigt dabei ihre schneeweißen Raubtierzähne. In ihrem weißgeschminkten Gesicht, das grell zu den roten Haaren abstrich, brennen zwei flackernde Augen. Wenn der eine der Amerikaner, ein blonder, zwanzigjähriger Junge von mächtigem Wuchs, ihr mit seiner braunen Niefenhand die unter der roten Bluse wippenden, vollen Brüste streichelt, bebent die Nasenflügel in ihrem feinen, aber verlebten Gesicht.

Sie trinken schon lange Grog. Der Dampf der feuchten Kleider mischt sich mit dem Duft des Raums und der Ausdünstung des Weibes zu einem aufpeitschenden Geruch. Die Männer pressen die Kammern aufeinander, ihre Blicke starren gläsern auf die gitzende Dirne, sie atmen schnell und tief. In ihren Worten und Gebärden spiegelt sich ein geheimer Wettkampf um das Weib. Doch das hat seine Wahl schon getroffen.

Am Schankisch steht ein Kerl mit grauem Schal, die Gestalt wie ein Ringkämpfer. Mit zu-

sammengedrängten Augen, lässig eine Zigarette rauchend, beobachtet er die Gruppe. Ein schneller, unauffälliger Blickaustausch mit der Rothhaarigen. Er zahlt und geht langsam hinaus. Das Weib streckt sich auf ihrer Bank gähnend wie eine Katze und reißt dabei ihre storbeistumpften Beine an der berben Hofe des Jungen. Der sieht ihren heißen Blick, der nach der Tür winkt. Mit zitternden Händen holt er aus der Hofentasche eine schweißverlechte, mit Dollarnoten gefüllte Brief-tasche. Mit fast kindlichem Stolz bezahlt er für das Weib und für sich, während sie unauffällig das Lokal verläßt. Draußen hängt sie sich lustern an ihn; so groß sie auch ist, erscheint sie doch wie eine trüppelnde Puppe neben dem Niesen. An der nächsten Ecke bleiben sie stehen, sie redet auf ihn ein, zieht ihn mit fort. Er legt seinen Arm um ihren stroßgezogenen Mantel, unter dem ihre Hüften frech bei jedem Schritt schlendern.

Durch dunkle, enge Straßen geht es Kreuz und quer. Wieder bleibt der Seemann stehen. Blick misstrauisch um sich. Sie läßt ihn; ihre scharfen Zähne graben sich wollüstig in seine Lippen. Weiter gehen sie.

In einer Gasse ein niedriges, dunkles Haus. Sie schlägt die Tür auf und schlüpft schnell voran. Fast lößt er mit dem Kopf gegen ver-räuchertes Gebälk. Eine knurrende Stiege geht's hinauf. Stockfinster ist's, sie hält den Mann an der Hand und zieht den Stolpernden nach sich. Ihr Rot raschelt. Sie stüßert zärtliche Worte. Eine Tür! Der Schlüssel knirscht, ein warmer Hauch weht dem Zustenden entgegen. Es riecht nach Essen, Wäsche, Zigaretten. Ein Strahl-schlag flamm auf, in Kerzenstummel in einem blauen Emailleleuchter wird entzündet. Im Hintergrund eine offene Tür zu einer kleinen dunk-len Kammer. Der Kerzenschein dringt mühsam durch das Dunkel hinein und beleuchtet das Ende eines aufgedeckten Bettes. Sie gehen hinein, das Weib mit der Kerze voran, ihre Schatten an der Wand begleiten sie. Auf dem Tisch, auf dem man der Leuchter steht, liegen Brennschere, Puder, Zigaretten, ein Weidchen wird durcheinander. Ueber dem Bett sind fächer-förmig Postkarten mit Bildern von Bäumen, Matrosen und süßlichen Mädchen geschnitten mit Reihnägeln an die zerrissene Tapete gesteckt.

Der junge Seemann blinzt sich unbehaglich um; noch immer hat er die blaue Wäße auf und aimert bestommen die fremde Luft. Ringum Stille; nur auf der Straße verflingt die freisüchtige Stimme eines Betrunknen. Das Weib sieht kein Handern, kein Unbehagen. Gut und Mantel hat sie längst abgelegt. Nun reißt sie mit einem gewandten Ruck Bluse und Rock herunter. Ihr Hemd, ihre Hosen sind mit unechter Spitze reich besetzt; an ihren schlanken Beinen weichen die schwarzen Strümpfe bis weit über die Knie. Mit stolzen Schritten tritt sie auf den Mann zu; sein Handern verfliegt, sein Mißtrauen schmilzt, seine Augen trinken die Verwirklichung der Träume, die ihn in monatelanger Fahrt um's Kap Horn nachts in der Stoje oder auf Wache bis zur Rafferei quälten. Das Weib bietet ihm ihre gutrot geschminkten, lächelnden Lippen, legt ihre nackten Arme um seinen Hals, ihre Achseln duften ihm entgegen. Er brüllt auf wie ein Tier, reißt sich die Jacke vom Leibe. Krachend empfängt das Bett die doppelte Last.

Ganz still ist's in der Wohnung. In der schwarzstülperten Stube aber glimmt in der Ecke in Abständen ein leises Glühn auf; mit einem malten, kaum sichtbaren Schimmer beleuchtet es ein gespannt horchendes Gonnengesicht und einen grauen Schal.

Nun erhebt sich der Mann, tritt, vorsichtig mit den Füßen tastend, über die Schwelle in das vordere Zimmer, in das von der herabgedrann-ten Kerze aus der Lebestammer ein kümmerliches Licht fällt. Seine Züge sind gierige Erwartung. Kontlos schleicht er vorwärts und biegt seinen Kopf in die Kammer. Dort liegt der Seemann und schläft tief und fest; das Weib aber — hat es sich verwandelt? Entzünden und Glüh-strömen aus ihrem Gesicht, auf dem stellenweise der Puder verwirft ist, auf den Schlafenden. Sie liegt halb aufgerichtet und hält seinen Kopf mit den blonden, gerwählten Locken im Arm, drückt ihn ganz leise und zart an ihre Brust. Das Freude, Tränenhafte an ihr ist verschwunden; weiche, frauenhafte Zärtlichkeit geht von ihr aus; ihre Lippen bewegen sich in ungesprochenen Liebesworten.

Ein häßliches Grinsen verzerrt das Gesicht des Apachen; er zischt leise. Sie hebt verstört den Kopf und sieht seine Handbewegung. Die kennt sie schon: des Fremden Brieftasche! Wut kommt über sie gegen diese Fraue, den Kerl, der sie abgerichtet, die tägliche Beute verjubelt, sie schlägt, und der nun ihre heute diese Stunde nie gekannter Zärtlichkeit mit seiner Geldgier verderben will. Sie winkt hastig: „Dinaus!“ Der Kerl schüttelt drohend die Fraust, schleicht näher. Das Weib ersieht wafende Angst, Mutterangst. Sie will nicht schreien... sie muß! Wellend kreischt sie auf.

Der Seemann fährt verstört auf, blidt verwirrt um sich. Blüßschnell erfährt er die Situation. Ein Satz; er ist aus dem Bett. Der Apache springt an, wird zurückgeschleudert, springt erneut zu. Ringen. Ein Messer blitzt. Entsetzt schreit das Weib.

Während zwei Stunden später in einer abgelegenen Straße eine Polizeipatrouille in einem dunklen Hausflur die Leiche eines Seemannes findet, kauert das Weib in zerrissenem Hand auf dem Bette, das noch von der Untarmung glüht, und wimmert leise vor sich hin.

Draußen klopfen die Regentropfen eintönig gegen die Scheiben.

Der verflungene Dialekt...

Von Jenob Surjan-Linz.

Wie erstaunlich ist es manchmal um die menschliche Barbarei und die brutale Robheit bestellt! Man sie doch unter Umständen derart scheußlich dahinstürmen, daß ihre Wucht, bald mordbrennerisch, bald blutiger, mit dem tollen Niederreißen alles greifbar Materiellen, das man gemeinhin als teuere Kulturrückenschicht bezeichnet, nebenher noch das geistig-trouliche Gemeingut eines Volkes, — dessen jahrhundertlang bestehende Sprache erfüllt — in ihren tausenden Strudel unrettbar zu ertränken vermag...

Umängst fiel mir eine höchst eigenartige Schrift in die Hand. Ein armenischer Schriftsteller, ebenfalls jener besten Intelligenz angehörig, welche im Jahresjahr 1915 als Aufruf zu noch bevorstehenden Freveln, gruppenweise auf Schlachtbänke geschickt worden war, hat kurz vor seinem Tode, den raschen Entschluß gefaßt, eine Abhandlung über die Wandart seiner engeren Heimat niederzuschreiben. Der seltsame Beweggrund, der ihn zu dieser auf den ersten Blick unheimlich zu sein scheinenden Arbeit veranlaßt, ist wohl eine Tragikomödie ohne Gleichen. Der Mann hatte nämlich das Gefühl, es könne ja leicht geschehen, daß ein Gemetzel nach echt türkischer Art bald alle Armenier jenes Deimarlandes bis auf die letzte Seele vernichte, so daß es für die kommenden Geschlechter durchaus nicht ohne Interesse sei, — meinte er — wenigstens ein paar flüchtige Aufzeichnungen über einen endgültig verschwundenen Dialekt bei der Hand zu haben. Und sonderbar: des biederen Schriftstellers böse Vorahnung hat sich tatsächlich erfüllt. Und da nun heutzutage die Gegend von Gadschin — wie übrigens ganz Westarmenien — nicht einen einzigen Christen beherbergt, so gilt der Nachlaß des unglücklichen Philosophen wohl als ein historisches Vermächtnis, woraus allein werden die gegenwärtig in alle Weltteile zerstreuten Armenier oder deren Nachkommen einen heilsamen Begriff schöpfen können vom Wesen und Gebilde des längst verschwundenen Mutterlandes...

Gadschin, die einst stolze Hochburg von Kleinarmenien, gewesene Perle des cilizischen Königreiches, zählte vor dem Weltkrieg bei dreihunderttausend Einwohner, deren sprichwörtliche Ensigkeit dem Lande märchenhaften Wohlstand eintrug. Namentlich die auf schwer abschüssigen Felsen amphitheatralisch aufgebaute Stadt, ammutig, wohlgepflegt, lebenslustig, war schon öfters im Laufe der Geschichte die Zielscheibe des Zerstörungsgier des „Herrenvolkes“ gewesen. Ja, wie könnte doch der neiderfüllte Zwinger es jemals dulden, daß seine geachteten Untertanen sich zu solch einer wirtschaftlichen und kulturellen Blüte aufschwängen? Auch dieser schicksalsbeglückte Erdensack mußte daher ohne Rücksicht zerstört und verhöhnt, in Brand gesteckt oder vernichtet werden!

Siebzehn Karawanen und achtzig Toge „Arbeit“ hat es jedenfalls bedurft, um so viel Menschensachen weisungsgemäß ins tolle Wüstenland von Mesopotamien zu verschicken. Unfassbares Grauel und ein Maß namenloser Rücksichtslosigkeit, bei dem die großen Worte kein werden und jede Theateremphase abgeschmakt erscheint! Und ein Stück Leidensgeschichte, bei deren bloßer Erinnerung man, wie Karl Moor, den dreimal schrecklichen Gott anruft...

Und mir ist es, wie wenn das Kommergeschrei all jener hilflos Todgeweihten auch jetzt noch meine Seele zerrisse. Zugleich sucht mein Blick aus einer nunmehr abgestorbenen Sprache sämtliche Schmerzensausdrücke wie denn auch jene Verzweiflungsworte heraus, welche, ach! sehr lange vom Saarde Sahara selbst Weiteid erschlehen, dann aber — ganz dem Grödel eines Sterbenden gleich, — für alle Ewigkeit verstummen!

(Nachdruck verboten.)

Mancher Genosse schimpft

über die Verbrechen des Kapitalismus und ist für die Abwehr — dann geht er ruhig zum gegnerischen Händler, läßt auch seine Frau dort die Einkäufe besorgen

und fühlt sich dabei als Freiheitskämpfer.

Jeder Arbeiter deß die Bedürfnisse seines Haushaltes im Laden des Arbeiter-Konsum-Vereines!

Aus der Partei.

Sammelaufruf für den Monat Juli 1924. B. Strumman Parteiend 70 K, Karlsbad 800 K (Zentralwahlfond 400 K), Troppau 1800 K (900 K), Ries 800 K (400 K), Aulzig 360 K (180 K), B. Strumman 200 K (100 K), Egor 1400 K (700 K), Karlsbad 800 K (400 K), Sternberg 600 K (300 K), Aulzig 300 K (150 K), Aulzig 400 K (200 K), Tepitz 1140 K (500 K), Landskron-Grulich 100 K (50 K), Ries 800 K (400 K), Aulzig 108 K (54 K), Pörsburg 100 K (50 K), Karlsbad 800 K (400 K), Wernsdorf 1400 K (700 K), Prag 120 K (60 K), Tepitz 1800 K (900 K), Trautenau 500 K (250 K).

Die Bedeutung des I. Bundesturnfestes in Karlsbad.

Nur noch wenige Tage — und das deutsche Proletariat dieses Staates bezieht in Karlsbad ein Fest, das seiner kulturgeschichtlichen Bedeutung Ausdruck verleihen wird. Sind die Mitwirkenden an diesem Feste auch nur ein Teil der Arbeiterschaft, so ist die Veranstaltung doch von Moskven geleitet, die erkennen lassen, daß die Körperkultur heute in der proletarischen Erziehungspädagogik nicht mehr fehlen darf, ja sogar mit an erster Stelle genannt werden muß. Unsere ganze Erziehung ist darauf eingestellt, die Wahrheit zu ergründen, den Geist so zu schulen, daß er sich zur Erkenntnis durchringt, daß er alle Dinge so betrachtet, wie sie wirklich sind. Die Verhältnisse der bestehenden Gesellschaftsordnung bedingen diese Auffassung, sie müssen voll und ganz erkannt werden, denn sie sind die Basis des Kampfes, den wir alle um unsere Befreiung führen. Daneben dürfen wir aber auch nicht vergessen, daß wir diese Freiheit schälen und verteidigen müssen, um sie genießen zu können. Dieser Schutz liegt nun in der körperlichen Erziehung und Erleichterung des Proletariats.

Eine Trennung dieser zwei Erziehungsnormen darf es nicht geben. Körper und Geist müssen als

geistige Seelenleben war wohl eine Zeit lang durch eine sogenannte „Neutralität“ in seiner Auswirkung unterbunden, forderte aber im entscheidenden Moment seinen Anteil. Durch das Neutralitätsverhalten wurde die Verbindung mit den politischen Organisationen teilweise gestört, was zu berechtigten Mißtrauen führen mußte. Die politische Kampfstimmung unter der Turnerschaft vor dem Feste hat aber zur Besichtigung des bestehenden Mißtrauens beigetragen und in verschiedener Form bereits eine schnelle Annäherung und Verbindung mit den politischen Organisationen herbeigeführt. Damit ist natürlich eine neue Situation entstanden, die für die gesamte Arbeiterschaft bedeutungsvolles Interesse besitzt. Heute ist die Turnbewegung nicht mehr jener Faktor, der neben der Arbeiterbewegung marschiert, sondern heute ist die Turnbewegung ein wichtiges Glied in der Arbeiterbewegung selbst. Darum darf auch der Klassenbewußten Arbeiterschaft der Ausgang der Turnerveranstaltung in Karlsbad nicht gleichgültig sein. Sie muß beitragen, den Erfolg des Festes zu sichern.

Denn die Veranstaltung wird den Kulturwillen der Arbeiterschaft zeigen, der den indifferenten und



ARB. TURN-SPORTVERBAND C. S. R. 1. BUNDES-TURN-FEST KARLSBAD 2.-11. AUG. 1924.

ein Begriff betrachtet werden. Das Proletariat bedarf in seiner Gesamtheit der körperlichen Erziehung mehr denn je. Die Produktionsweise ist so modernisiert, hat eine derartige technische Verwollkommenung aufzuweisen, daß die Körperkraft und Leistungsfähigkeit bald eine große Verminderung zu verzeichnen hätte, wenn man nicht auf Stärkung des Organismus in körperlicher und geistiger Hinsicht bedacht wäre.

Gegenüber dem Bürgertum, dessen geistige Ausbildung ja — losgelöst von der körperlichen — die Bildungsanstalten der heutigen Gesellschaftsordnung besorgen, muß das Proletariat in seiner Kampfstellung auf ein viel tieferes Zusammenwirken zwischen Körper und Geist bedacht sein. Die heutige Gesellschaftsordnung braucht kräftige und leistungsfähige Menschen, die ihre Arbeitskraft möglichst lange erhalten, während der Intelligenzgrad dieser Arbeitsskaten nur jenes Niveau erreichen soll, das hinreichend ist, um den Produktionsprozess gewährleisten zu können. Die Schärfung des Geistes zum klaren Erkennen ist daher die Triebkraft der sozialistischen Erziehung. Sie muß sich zur bewußten Ueberzeugung durchdringen, um, gestützt auf die körperliche Erziehung und Erleichterung, den Daseinskampf erfolgreich durchführen zu können.

Die körperliche Erziehung lag bisher ausschließlich in den Händen der Turnerschaft und der technischen Leiter dieser Organisation. Der Umwandlungsprozess der Zeit hat naturgemäß auch auf diesem Gebiet ausgesagt, daß der Techniker allein nicht mehr imstande ist, allen Anforderungen des Vereinslebens gewachsen zu sein, weil auch das Geistesleben selbst Berücksichtigung verlangt. Deshalb wurden in der Turnbewegung die „geistigen Techniker“, d. h. Funktionäre aufgestellt, die den geistigen Teil der Erziehung durchführen müssen. So ausgesprochen ist heute unsere Arbeiter-Turn- und Sportbewegung, die vom 9. bis 11. August erstmalig als Verband in Karlsbad vor die Öffentlichkeit tritt.

Bundesturnfest! — Eine Veranstaltung, die auch für das Proletariat dieses Staates von Bedeutung ist. Schon die Vorgänge in der letzten Zeit haben bewiesen, daß in der Turnerschaft das Bewußtsein, ein Teil der politischen Gemeinschaft des arbeitenden Volkes zu sein, nicht gestorben ist. Das

in den Reihen der Begnerschaft stehenden Arbeitern den Weg weisen soll, den sie zu gehen haben. Eine gewaltige Fülle agitatorischer und werbender Kraft liegt in dieser Rieserveranstaltung, die ein Stück Kampf für das Leben, für die Volksgesundheit und Körperschönheit in sich birgt. Die in Karlsbad gesammelterströmenden Massen sollen sich ihres Körpers bewußt werden, ist er doch jenes Gut, welches jeder besitzt und dem er die — leider — geringste Pflege angedeihen läßt. Der Zweck der Leibeskultur ist es, den Körper zu veredeln. Nur jener Mensch, der seinen Körper zu achten versteht, wird sich auch gegen alle Dinge, die ihn verunstalten könnten, zur Wehr setzen. Der Kampf der Turnerschaft ist also ein Kampf gegen die Vernichtung blühenden Lebens. Sein Ziel ist die Hebung der Volkskraft zu friedlicher, fruchtbringender Tätigkeit. Das turnerische Tun dient nicht zur Auffüllung militärischer Bestände, sondern zur Verwollkommenung der so schwer zerrütteten Volkskraft.

Die Arbeiter-Turnvereine waren seit jeher die Träger des Gedankens der Volksgesundheit. Sie waren ein förmlicher Protest in den Reizjahren, als sie aus der Wildflut erschienen und den Verfall der damaligen deutschen Turnerschaft und ihres Anhangs mit herbeiführten. Die Turnerei hat etwas revolutionäres in sich; darum ist es natürlich, wenn wir im Achtundvierziger-Revolutionenjahre die Turnerschaft mit als erste auf den Barrikaden fanden. Noch sind die Zeiten nicht vergessen, wo Staat, Kirche und Schule gegen die Arbeiterturner vorgingen, wo die rote Turnerschaft geächtet, verfolgt und eingekerkert wurde. Aber gerade durch diese Kämpfe und Schikanen haben Arbeiterturner eine harte Schule genossen, die in ihnen das Ideal des Freiheitsgedankens erst recht festigte. Noch heute schlenndern Kirche und Schule, diese der Arbeiterklasse feindlichen Instrumente des Kapitalismus, ihre Pfeile gegen die Arbeiter-Turnvereine. Ein Erfolg wird ihnen nur dann beschieden sein, wenn sich das Proletariat nicht zur kräftigen Abwehr setzen wird. Deshalb ist es mit Freude zu begrüßen, daß in Karlsbad auch die Jugend der Arbeiterschaft mit am Werke sein wird. Das Auftreten unserer Zukunft wird dem Feste erst die richtige Weihe geben.

Das Karlsbader Turnfest ist nicht auf artistische Leistungen aufgebaut. Es ist vor allem ein Fest der Masse. Dieser Massenwillen soll bei den Freiübungen und beim Festzuge zum Ausdruck kommen. Der Festzug soll zugleich eine wichtige Demonstration gegen alle Schädiger des freien Menschentums werden. Und hierzu eignet sich Karlsbad wie kaum eine andere Stadt. In dieser weit-berühmten Thermen versammeln sich alljährlich Tausende jener Rührer des Mehrwertes menschlicher Arbeitskraft. Die Festbesucher erhalten dabei einen Einblick in jenes „beschwerliche“ Leben, welches das Unternehmertum führen muß. So wird der Festzug nicht nur eine Manifestation für den freien Turngedanken, sondern auch zu einer mächtvollen Demonstration wieder jene werden, die auf Kosten des arbeitenden Volkes ein schweigendes Dasein verbringen dürfen.

Die Massenfreiübungen verkörpern den Einheitswillen in wirksamer Weise. Tausende, persönlich sich nicht kennende Menschen treten an und tunen nach dem Takte der Musik ihre Übungen in harmonischer Gleichmäßigkeit. Kein Wirren aus der Front, alles in freiwilliger Unterordnung dem Rhythmus der Übung folgend. Der Beschauer soll nicht nur die Übung allein auf sich einwirken lassen, sondern er muß sich eine Parallele zwischen seiner Ueberzeugung, die auch eine Ueberzeugung der Masse ist und der Turnarbeit ziehen. Die sportlichen Vorbietungen zeichnen das Können und die Fähigkeiten des Einzelnen und werden somit die Erwecker persönlichen Mutes, des Selbstbewußtseins und des Selbstvertrauens. Die Turnübungen sind also nicht nur eine werbende Schauvorstellung, sondern sind auch der Anroger zum Studium des eigenen Ich.

Das Turnfest wird dadurch zu einem Fest der Gesamtheit. Es soll der Antrieb verstärkter Teilnahme der Arbeiterschaft am Sperte selbst sein. Die Veranstaltung soll auch für den Fernsehenden ein Signal zur Mitarbeit werden, den Wassenport auszubauen, damit er ein vollwertiges Glied in der Arbeiterbewegung wird. Karlsbad ist die erste Etappe in diesem Vorwärtsschreiten, der noch weitere folgen sollen.

Werbispiele in Fußball am Bundesfest in Karlsbad. Für die Fußballwettspiele wurden neben den besten Mannschaften des 5. Kreises acht reichsdeutsche Sportvereine von gutem Rufe verpflichtet, so daß die Spiele einen internationalen Charakter tragen. Den Reigen eröffnen Samstag abends auf dem Sportplatz in Mierhöfen (beim Festplatz) der SK. Falkenstein gegen Aulzig 1. Bezirk (Aulzig um 5 Uhr nachmittags). Nach diesem Spiel tritt eine Kreiself des 6. Kreises dem gefürchteten, spielstarken SK. Rodewisch gegenüber. — Am Aulzig-Platz in Mierhöfen treten sich um 5 Uhr Chemnitz-Rabenstein und Sobrusau gegenüber und im Nachspiel um halb 7 Uhr bekämpfen sich der Erzgebirgsmeister „Sportlust“ Aue und „Stern“ Bihankov-Tepitz. Sämtliche vier Spiele bringen uns Mannschaften allererster Güte auf den Plan und selbst der verwehnteste Fußballkenner wird befriedigt über den godotenen Sport den Platz verlassen. Die Samstagsspiele sind nur der Auftakt zu den großen Spielen am Sonntag, bei denen man unsere besten heimischen Repräsentanten im Kampfe mit den besten Mannschaften Sachsens sehen wird. Ueber die Reihenfolge der Spiele und der Gegner werden wir in der nächsten Folge noch berichten. An das sportliebende Publikum ergeht der Appell, durch zahlreichen Besuch ihr lebhaftes Interesse an der Arbeitersportbewegung zu bekunden.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cerman. Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Rechner. Druck: Deutsche Zeitungs-K.G., Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Gollth.

Kuh & Kretsch Erzeugung von alkoholfreien Fruchtparlen 1488 Teplitz-Schönau

Advertisement for Teplitz-Schönau featuring an image of a large archway and text: ZUR REICHENBERGER 9.-15. August MESSE 1924. 3prozentige Fahrpreisermäßigung. Größter Textilmarkt. Beste Einkaufsmöglichkeiten in 20 Warengruppen. Messelegitimationen sind erhältlich in Prag bei: Behner & Co., Prag II, Příkopý 31, Ploha & Co., Prag I, Dionha tr. 41. Kreditanstalt der Deutschen, Prag II, Krakauer-gasse 11, Willy Brechler, Prag-Zlikov, Pocho-va 144, sowie in allen Städten des Inlandes und großen Handelsplätzen des Auslandes. Das Messeamt in Reichenberg.